

NACHRICHTEN

Corona und die Folgen: Wir stellen neue Netzwerke für den Wandel vor.

3

PROJEKTE

Die freie internationale Universität von Joseph Beuys lebt weiter, unter anderem als Verlag.

5

GENOSSENSCHAFTEN

Autorin Gisela Notz erzählt die Geschichte der Schweinfurter Gartenstadt - es ist auch ihre eigene.

8

BIOTONNE

Boden für die Zukunft: Die Stiftung Lebensraum setzt sich für den Aufbau von Humus ein.

13

ALTERNATIVEN ZUM MARKT



▲ Kooperation statt Konkurrenz: Das Kollektivcafé Kurbad in Kassel hat sich seinen Leitspruch direkt an die Terrasse geschrieben - und vernetzt sich dafür regional und bundesweit auch mit anderen Kollektivbetrieben. Foto: Regine Beyß

Arbeiten im Kollektiv

Mit gleichberechtigten Entscheidungsstrukturen und gemeinsamen Besitzverhältnissen versuchen Kollektivbetriebe, eine ökonomische und gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus zu realisieren. Sie stoßen dabei an Grenzen, gehen aber auch immer wieder über sie hinaus.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Lohnarbeit hat in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Jedes Mal, wenn in einer politischen Debatte das Argument »Arbeitsplätze« fällt, können wir dies wieder beobachten: Arbeit ist nicht nur eine notwendige (wenngleich nicht immer hinreichende) Bedingung dafür, um Grundbedürfnisse erfüllen zu können. Sie ist gleichzeitig auch wichtig für den sozialen Status, für unser Sinnempfinden, für unseren Wert als Menschen. Paradoerweise wird all das von der »Arbeit«, wie sie in unserem Wirtschaftssystem definiert wird, kaum noch erfüllt. Es geht nicht um Grundbedürfnisse und Sinn, es geht nicht um unseren Wert

als Menschen. Es geht vor allem um Effizienz und Profit.

Kollektivbetriebe haben nicht nur eine fundamentale Kritik an dieser Art des Wirtschaftens, sie versuchen auch, mit ihren Strukturen, Praxen und Werten eine andere Ökonomie zu erschaffen. In dieser Ökonomie wird bedarfs- statt profitorientiert produziert. Entscheidungen werden nicht von Vorgesetzten getroffen, sondern von denen, die betroffen sind. Die Produktionsmittel gehören allen, sie sind nicht privatisiert. Alle Arbeiten sind gleichwertig. Und: Teilhabe und Wohlbefinden werden von der Arbeitsleistung entkoppelt.

Die FAU Hamburg hat sich auf dieser ideellen Ebene schon ausführ-

lich Gedanken über die Ökonomie von Kollektivbetrieben gemacht. Ihre Texte bilden den theoretischen Hintergrund für den CONTRASTE-Schwerpunkt (Seite 10). Im Vordergrund stehen hingegen die Erfahrungen aus der Praxis, die Kollektive aus ganz unterschiedlichen Bereichen sammeln: Wie organisieren sie sich? Wie kommunizieren sie untereinander? Welche Schwierigkeiten treten dabei auf? Und welche Ideen funktionieren richtig gut?

Das Hostel-Café »Schicksaal«, das IT-Kollektiv »Make Utopia« und das Baukollektiv »Hacke & Hobel« berichten aus ihrem Arbeitsalltag. Darüber hinaus finden sich in dieser Ausgabe

noch weitere Beiträge von Kollektiven, die den Schwerpunkt ergänzen: Das Kurier-Kollektiv »Fahrwerk« geht vor allem auf Kommunikationswerkzeuge ein, die für die Mitarbeitenden unerlässlich sind (Seite 4). Als Beispiel für eine jahrelang erfolgreiche genossenschaftliche Organisation stellt Autor Florian Kaufmann die Hamburger »Buchhandlung im Schanzenviertel« (Seite 7) vor.

Spannend ist dabei natürlich auch die Frage: Wie kann es weitergehen? Die Kasseler Kollektivvernetzung (Seite 12) ist ein Beispiel dafür, wie Kollektivbetriebe aus einer Region sich zusammenschließen, um sich gegenseitig zu unterstützen und sichtbarer zu werden. Ähnliches passiert auch

in anderen Städten wie Hamburg und Berlin.

»Der Versuch, Dinge anders zu gestalten, bringt unweigerlich mit sich, dabei tagtäglich an Grenzen zu stoßen«, schreiben die Kasseler Kollektive. Sie wissen: Einem Ideal zu folgen, heißt nicht, dieses Ideal immer zu erreichen. So sehr sie versuchen, dem kapitalistischen System etwas entgegenzusetzen, so sind sie doch Teil davon. So müssen sie zum Beispiel damit umgehen, unter ökonomischen Druck zu stehen oder eine hierarchische Rechtsform zu haben. Das Neue im Alten zu schaffen birgt immer wieder Widersprüche - auch für Kollektivbetriebe. Doch abhalten lassen sie sich davon nicht.

GERICHTSPROZESS

Protest gegen Kriegsindustrie wird kriminalisiert

Kriegsgegner*innen störten am 28. Mai 2019 die Hauptversammlung des Waffenkonzerns Rheinmetall im Maritim Hotel Berlin. Damit protestierten sie gegen dessen Beteiligung am Krieg im Jemen und den Einsatz von Leopard-2-Panzern im türkischen Angriffskrieg gegen die basisdemokratisch organisierte Bevölkerung im Norden Syriens. Nun soll am 10. Juni 2020 vor dem Berliner Amtsgericht gegen einen Aktivist verhandelt werden.

BÜNDNIS »RHEINMETALL ENTWAFFNEN«

»Allein damit, diesen Fall vor ein Gericht zu bringen, macht sich die Staatsanwaltschaft zum Erfüllungsgehilfen von Rheinmetall«, äußert der Angeklagte. »So wird der Konzern nur in seinem menschenfeindlichen Handeln bestärkt. Nach aktuellen Erkenntnissen verkauft Rheinmetall von Südafrika aus Munition an die Türkei. Aus Deutschland wäre das nicht einmal legal - und moralisch vertretbar sowieso nicht. Anderswo auf der Welt sterben die Menschen und müssen vor dem türkischen Militär und seinen islamistischen Verbündeten

fliehen. Wir, die wir diese Verbrechen an der Menschlichkeit nicht ertragen können, landen vor Gericht: Kriegsgegner*innen werden angegriffen, anstatt diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die Kriege befeuern und davon profitieren.«

Bereits im Januar erhielt der Angeklagte einen Strafbefehl über 130 Tagessätze, was eine Geldstrafe von 5.200 Euro bedeutet hätte. Der Vorwurf: Widerstand und tätlicher Angriff sowie Hausfriedensbruch bei der Aktion im Maritim Hotel.

»Es gab dort keinen Frieden, den wir brechen konnten. Es war eine Versammlung von Kriegsprofiteuren, die ihre Gewinne feiern wollten«, sagt der Angeklagte. Nachdem er Einspruch eingelegt hatte, stellte das Gericht den Vorwurf des Hausfriedensbruchs ein. Trotzdem wird mit dem Vorwurf des »Widerstands und tätlichen Angriffs gegen Vollstreckungsbeamte« weiter versucht, ein Exempel zu statuieren.

»Obwohl am 10. Juni nur eine Person vor Gericht geladen ist, sind damit alle gemeint, die entschlossen

gegen Krieg protestieren«, so das Bündnis »Rheinmetall ent Waffen«.

Auch weiteren Aktivist*innen stehen Prozesse bevor. Das Bündnis »Rheinmetall ent Waffen« wird diese Kriminalisierung nicht hinnehmen und plant Proteste als Unterstützung für die Angeklagten. »Sowohl vor Gericht als auch auf der Straße stehen wir zu unserer Überzeugung - das Geschäft mit dem Tod muss sofort beendet werden!«

Link: <https://rheinmetallentwaffen.org>

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN NETZWERK ÖKONOMISCHER WANDEL	SEITE 3	SCHWERPUNKT HOSTEL-KOLLEKTIV »SCHICKSAAL« PRINZIPIEN VON KOLLEKTIVEN	SEITE 9
PROJEKTE KURIER-KOLLEKTIV »FAHRWERK« NETZWERK SELBSTHILFE	SEITE 4	EINE ANDERE ÖKONOMIE	SEITE 10
PROJEKTE FREIE INTERNATIONALE UNIVERSITÄT NACHRUF URSULA NIENHAUS	SEITE 5	HACKE & HOBEL EINKOMMENGEMEINSCHAFT	SEITE 11
BEWEGUNG INDIGENE BEWEGUNG IM CAUCA	SEITE 6	IT-KOLLEKTIV HAMBURG KASSELER KOLLEKTIVE	SEITE 12
GENOSSENSCHAFTEN BUCHHANDLUNG IM SCHANZENVIERTEL BUCHBESPRECHUNG	SEITE 7	BIOTONNE STIFTUNG LEBENSRAUM	SEITE 13
GENOSSENSCHAFTEN GARTENSTADT, SCHWEINFURT	SEITE 8	KUNST & KULTUR WEST.KUNST, HAMM REZENSION: DAS LANDLEBEN	SEITE 14
		REZENSIONEN GUTE ARBEIT VERMESSENE ZEIT WIND AUS NORD-SÜD LINKS LEBEN MIT KINDERN GRIECHISCHE KRISE	SEITE 15
		TERMINE, KLEINANZEIGEN KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM	SEITE 16

contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:
<https://www.contraste.org/redaktion/ueber-uns>

contraste abonnieren!

- Standard-Abo** (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich
- Kombi-Abo** (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich
- Kollektiv-Abo** (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich
- Fördermitgliedschaft** mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich
- Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **contraste** finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.
- Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.
- Bestellen unter: **abos@contraste.org**

.....
 : **Schnupperabo** :
 :
 • (läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig):
 • 3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)
 :

AKTION 2020

Menschenleben retten II

Liebe Leser*innen,

die Corona-Bedrohung nimmt ab. Im März begründete Finanzminister Scholz den Lock-Down mit seinen dramatischen Folgen mit der Begründung »Menschenleben retten«. Warum eigentlich nur in der Pandemie Menschenleben retten?
 Beispiel 1: Die Verkehrstoten! Da sind wir jetzt Anfang Juni etwa bei 1.300 Toten und 170.000 Verletzten, darunter ein beträchtlicher Teil von Schwerverletzten und Menschen, die lebenslang gehandicapt sind. Ein stetiges Informieren würde den Boden bereiten für politische Interaktionen wie etwa die Einführung des Tempolimits auf Autobahnen.
 Beispiel 2: Die Hungertoten weltweit! Anfang Juni sind es wohl vier Millionen, durch die Lock-

Downs wird die Vorjahreszahl von neun Millionen voraussichtlich weit überschritten. Jeden Tag in der Tagesschau darauf hingewiesen, wäre das Verdrängen dieser menschengemachten Katastrophe kaum noch möglich.
 So wird es wohl nicht kommen. Wie stets bleibt jedoch die Möglichkeit, im Kleinen – in Projekten verschiedenster Couleur – die Welt ein wenig menschlicher zu machen. Oder Initiativen für eine andere Gesellschaft zu starten. Es ist dabei auch noch gar nicht entschieden, ob das Kleine stets klein bleiben wird.
 In der kleinen CONTRASTE-Welt gab es Großes: 827 Euro an Unterstützung. Vielen Dank. »Nur« noch 2.178,01 Euro fehlen zum guten Ausgang der Aktion 2020. Da kommt Freude und Optimismus auf! Kein neues Abo, eine Kündigung: Dies sieht

nach Corona-Windstille aus. Inzwischen können aber wieder Print-Exemplare ausgelegt bzw. weitergegeben werden. Bitte Gratisexemplare anfragen. Gar ein Hunderter-Paket habe ich die letzten Tage losgeschickt. Ebenso gerne schicke ich auch fünf oder zehn Gratisexemplare los.
 UND: Gleich zehn Probeabos wurden bestellt, darunter drei als Geschenk.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung, schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an abos@contraste.org.

Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

H.J.	5,00
M.B.	200,00
H.C.	10,00
Hubertus Cramer, Mannheim	200,00
H.A.	4,00
P.S.	30,00
K.L.	50,00
Dirk Assel, Auetal	20,00
B.L.	100,00
L.C.+M.L.	8,00
H.F.	200,00

Spendenticker »Aktion 2020«

● 68,89 % finanziert 4.821,99 Euro Spenden 2.178,01 Euro fehlen noch

.....
 : Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **2.178,01 Euro**. :
 :

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Grafik: Eva Sempere

»DAS BLÖDE ROBERT-KOCH-INSTITUT«

VON ULI FRANK

In Hasslinghausen stand 1855 der erste industriegerecht funktionierende Hochofen auf dem europäischen Kontinent. Deshalb wurde eine Bahnlinie von Hagen nach Essen eingerichtet, die in ihrer besten Zeit sogar bis Amsterdam fuhr. Die Strecke ist heute ein wunderschöner Fahrradweg und die schönste Stelle ein verwilderter Wald, mein Lieblingsort. An dieser schönen Stelle kommt mir neulich ein älteres Paar mit Hund entgegen und ich höre zufällig im Vorbeifahren: »... das blöde Robert-Koch-Institut!«

Ich spüre, dass mich diese aufgeschnappte Bemerkung stört. Bis vor kurzem wusste ich nichts vom Robert-Koch-Institut, und ich habe mich weder für Grippeimpfungen noch Epidemien interessiert. Auch nicht für die offizielle Politik, wie sie etwa in der Tagesschau zelebriert wird. Ich war auf Mallorca als ich Helmut Kohl zum ersten Mal als Kanzler im Fernsehen sah. Damals beschloss ich, keine Tagesschau mehr zu sehen. Und mir hat seither nichts gefehlt.

Wie kommt es, dass ich jetzt in der Krise so viel Verständnis für die Maßnahmen des Staates habe? Ich höre auch von Freund*innen, dass sie sich selbst darüber wundern, dass sie sogar Söder beeindruckend und mutig fänden. Der Psychoanalytiker und Psychiater Maaz aus Halle hingegen diagnostiziert den politischen Führer*innen weltweit massive narzisstische Charakterstörungen, die sie zu empathischem Handeln unfähig machten und sie psychodynamisch zwingen, sich als die großen Retter*innen der Bevölkerung zu präsentieren. Sie agierten

also in ihren willkürlichen politischen Entscheidungen nur diese Störungen aus.

Die hohe Zustimmung der Bevölkerung zu den harten Einschränkungen hält er für manipuliert und erklärt sie mit Adornos Theorie der »autoritären Persönlichkeit« aus 1950: frühkindliche Sozialisationschäden würden die verängstigten Bürger*innen zu willfährigen Untertan*innen machen.

Dazu passt allerdings kaum die Fülle von Hilfsbereitschaft und freiwilliger Kooperation von Künstlern, Wissenschaftlerinnen, Philosophinnen, Krankenhauspersonal und so weiter. Statt als bedrückendes Ereignis von Selbstaufgabe und Unterwerfung wirkt die gegenwärtige Krise eher wie ein »Kessel Buntes« von Ideen und Aktivitäten, um ein virtuelles öffentliches Leben von Balkonen und Wohnzimmern aus zu ermöglichen.

Der Erklärungsversuch des Analytikers Maaz wird für mich eher plausibel, wenn ich ihn auf die neuen »Freiheitskämpfer*innen« und selbsternannten investigativen Blogger*innen beziehe. Sie könnten sich durch die überwältigende weltweite Zustimmung zu den staatlichen Maßnahmen provoziert fühlen und es mit ihrer narzisstischen Bedürftigkeit nicht vereinbaren, einfach nur mitzumachen, wenn der Staat versucht, ein mehr oder weniger gelungenes Krisenmanagement zu fahren. Auf Facebook fand ich ein provokantes Plakat: »In Deutschland sind momentan ca. 99,95 Prozent der Bevölkerung nicht an Corona erkrankt.« Darunter standen zwei Kommentare: »Mag sein, aber die 0,05 Prozent sollten es uns wert sein, zu verzichten« und »und das soll bitte auch so bleiben«.

Mitmacher*innen gesucht!

Wir von der CONTRASTE sind immer auf der Suche nach Menschen, die sich vorstellen können, regelmäßig Artikel zu schreiben, zu redigieren oder einzelne Seiten und/oder Schwerpunkte zu planen.

Wir freuen uns aber auch über Redakteur*innen zu bestimmten Themen, etwa Klimawandel oder Degrowth, was nicht bedeuten muss, selbst zu schreiben, sondern im Blick zu haben, was aktuelle, berichtenswerte Themen oder Ereignisse sind und wer für Beiträge darüber angefragt werden könnte.

Arbeit für die CONTRASTE ist ehrenamtlich, bietet aber die Möglichkeit, Informationen über interessante Projekte zu verbreiten, kritische Diskussionen anzuregen und journalistische Erfahrung zu sammeln. Wir treffen uns zwei Mal pro Jahr zu gemeinsamen Plena und kommunizieren ansonsten per Mail und Telefon.

Bei Interesse meldet euch unter **koordination@contraste.org**

CORONA UND DIE FOLGEN: NEUE NETZWERKE FÜR DEN WANDEL

Historische Chance für eine grundlegende Neuausrichtung



▲ Graffiti-Weisheit: Das einzige nachhaltige Wachstum ist Postwachstum.

Foto: Paul Sableman (CC)

Corona- und Klimakrise machen die Absurdität des jetzigen Systems einmal mehr offensichtlich. Diese Situation ist eine historische Chance für eine grundlegende Neuausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Krisen ermöglichen, neu zu fragen, was nicht nur »systemrelevant«, sondern vor allem (über)lebensrelevant ist. Wir stellen dazu zwei Initiativen vor: Vor kurzem ist das »Netzwerk Ökonomischer Wandel« (NOW) an die Öffentlichkeit getreten, das eine zukunftsfähige Alternative zur gegenwärtigen Wirtschaftsordnung anstrebt. Und am Pfingstweekende findet der Online-»Summit« unter dem Motto »For Futures« statt, der Menschen und Organisationen zusammenführt, die einen sozial-ökologischen Wandel voranbringen wollen.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

»Wirtschaft muss sich wieder an Bedürfnissen orientieren, anstatt vor allem Kaufanreize zu produzieren«, forderte das neu gegründete Netzwerk Ökonomischer Wandel (NOW) Mitte Mai in einem Positionspapier. Und die Wirtschaft müsse auf jeder Ebene solidarisch sein, »damit sie sich fair anfühlt, Sicherheit gibt und ein Gutes Leben für alle ermöglicht«. Nachfolgend zwei Abschnitte aus dem Positionspapier:

»Wir – Menschen, die seit langem in unterschiedlichen alternativ-ökonomischen Bewegungen aktiv sind: zu Commons, Solidarischer Ökonomie, Degrowth, Gemeinwohl-Ökonomie, Tauschlogikfreiheit, kollaborativer und kokreativer Ökonomie – haben uns im Netzwerk Ökonomischer Wandel zusammengeschlossen, um in Vielfalt zu vertreten, was uns eint: eine zukunftsfähige Alternative zur gegenwärtigen Wirtschaftsordnung. Auch wenn sich unsere Perspektiven und Vorschläge im Detail unterscheiden, überwiegen grundlegende Gemeinsamkeiten. Zusammen führen sie zum Ziel: einer solidarischen, ökologischen und demokratischen Wirtschaftsweise. Wir sehen nicht Geld, Kapital und Wachstum, sondern Menschen und Natur im Zentrum des ökonomischen Handelns.

Das jetzige Wirtschaftssystem spaltet die Gesellschaft, schafft extreme Ungleichheit und gefährdet so die Demokratie. Es trennt uns von der

Natur und zerstört unsere Lebensgrundlagen – und damit seine eigene Basis. Es entfremdet uns sowohl von anderen Menschen als auch von unseren eigenen Bedürfnissen. Es lenkt zu viel unserer Lebensenergie in sinnlose Arbeit, während gleichzeitig viele sinnvolle Tätigkeiten unerledigt oder ungeschenken bleiben. Wir kündigen der Konkurrenz und dem Zwang, immer weiter zu wachsen. Wir streben nach einem guten Leben für alle.«

Wege für eine wirksame Alternative

Um dem guten Leben näher zu kommen, schlägt das Netzwerk drei unterschiedliche Wege vor, die sich jedoch gegenseitig ergänzen können:

Zum einen sollen sich »Märkte am Gemeinwohl ausrichten«, was bedeutet, die Profit- und Konkurrenzlogik sowie den Erwerbszwang zurückzudrängen. Außerdem solle das Schädigen von Mensch und Mitwelt geahndet, das Sorgen für Mensch und Mitwelt belohnt sowie die Vielfalt, überschaubare Größen und demokratische Strukturen von Unternehmungen gefördert werden.

Zum anderen gelte es, »Commons auszuweiten«. Es gehe also darum, jenseits von Markt und Staat selbstorganisiert und sinnstiftend tätig zu sein und Dinge, die wir zum Leben brauchen, in Peer-to-Peer-Prozessen herzustellen. Ziel sei Besitz statt Eigentum, so dass »alle gut sein können«.

Und als dritten Weg, um eine wirksame Alternative zur Neuausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten, müsse der Staat umfassend demokratisiert werden. Es gehe – allgemein formuliert – darum, alle Lebensbereiche zu demokratisieren und »und uns so den Staat anzueignen«. Ein erster Schritt wäre, die Spielregeln so zu setzen, dass die Commons gestärkt und die Märkte auf das Gemeinwohl ausgerichtet werden. Eine Daseinsfürsorge solle so bereitgestellt werden, dass sie die Teilhabe aller ermöglicht, vor Erwerbszwang schützt und Ausschlüsse vermeidet. (Kollektives Arbeiten als eine mögliche Alternative zum Markt stellen wir in unserem Schwerpunkt vor.)

Die bisher sechs unterschiedlichen Bewegungen, die sich zu »NOW«

zusammengeschlossen haben, sind bereits in früheren CONTRASTE-Ausgaben präsent gewesen, so dass sie hier nicht inhaltlich vorgestellt werden müssen. Allerdings hat stellvertretend für jede dieser Bewegungen oder Initiativen jeweils eine Person ihre Ziele auf den Punkt gebracht:

- Für die Gemeingüter-Aktivistin und Autorin Silke Helfrich bedeutet Commons, »Freiheit, Fairness und Lebendigkeit als untrennbar zu begreifen«.
- Für den Historiker und Postwachstums-Aktivist Matthias Schmelzer steht »Degrowth für eine Provokation: ein gutes Leben für alle setzt die Überwindung von Wachstumszwang, Profit und Konkurrenz voraus«.
- Für Christian Felber, den Initiator der Gemeinwohl-Ökonomie, ist dies »eine Form der Marktwirtschaft, in der wirtschaftliche Aktivitäten prinzipiell auf das demokratisch definierte Gemeinwohl ausgerichtet sind und ihr Erfolg daran gemessen wird«.
- Für Thomas Dönnebrink ermöglicht es die kollaborative und kokreative Ökonomie, »dass Menschen mit Hilfe niederschwellig zugänglicher Plattformen miteinander und füreinander Werte schaffen, nutzen und teilen«.
- Für die Attac-Aktivistin Dagmar Embshoff bedeutet Solidarische Ökonomie, »die Wirtschaft wieder in die eigenen Hände zu nehmen, und zu einer Bäckerei des Lebens für alle zu machen«.
- Und für die Volkswirtin und Historikerin Friederike Habermann ist Tauschlogikfreiheit »die Befreiung unserer Lust, tätig zu werden«. Laut dem Netzwerk sollen die drei genannten Wege – »Commons ausweiten, Märkte am Gemeinwohl ausrichten, den Staat umfassend demokratisieren« – lediglich eine erste Orientierung geben. Mitmachen sei ausdrücklich erwünscht: »Entwickelt eigene Ideen. Werdet aktiv. Verbündet euch miteinander!«

»Wir machen Zukunft«

Das beschriebene Netzwerk ist nicht die einzige Initiative, die die derzeit sich bietende Chance für eine Neuausrichtung von Wirtschaft und Gesell-

schaft ergreifen will. Was ursprünglich in Hannover vorgesehen war, findet nun online statt: Relativ kurzfristig geplant, wird seitens verschiedenster Organisationen ein großer Online-Summit zu Pfingsten vorbereitet. Dieser soll unter dem Motto »For Futures« ablaufen und allen Menschen und Organisationen, die auf ihre jeweilige Art und Weise den sozial-ökologischen Wandel voranbringen, die Möglichkeit geben, ihre Projekte und Ideen zu teilen und sich darüber während des Online-Summits auszutauschen. Es geht darum, zu zeigen, wie viele teils schon erprobte und bewährte, aber auch frische und innovative Möglichkeiten es gibt, eine bessere Welt zu erschaffen.

Das Motto des Summits lautet daher: »Wir machen Zukunft – Jetzt gemeinsam ein gutes Leben für alle.« Ausgangspunkt ist das »Makers4Humanity-Lab«, welches jedes Jahr zu Pfingsten stattfindet – dieses Jahr leider nicht wie geplant als großes Event in Hannover, sondern in virtueller Form im Internet und kleinen Offline-Gruppen.

Gründung vom »Wandelbündnis«

In den »For Futures Summit« integriert ist auch die diesjährige Jahreshauptversammlung des frekonale e.V., des Vereins für »Freie Kommunikation und Nachhaltiger Lebensstil«. Dabei soll die Zusammenführung von frekonale mit dem »Wandelbündnis«, dem Gesamtverband für den sozial-ökologischen Wandel, vollzogen werden.

Mehr als zwanzig Organisationen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz haben ihre Teilnahme zugesagt. Darunter sind beispielsweise der Verein Kultur des Wandels aus Hannover, das ökologenta-Projekt des Wandels aus Würzburg, das Netzwerk »Open Source Ecology« für selbst geschaffene und frei verfügbare Produktionsmittel und das Institut für Kunst und Innovation aus Berlin, das mit zielgerichteten Interventionen aus dem Schnittbereich von Wissenschaft, Technologie und Kunst einen positiven Wandel anstoßen will.

Infos:

<https://www.netzwerk-oekonomischer-wandel.org/><https://www.m4h.network/><https://wandelbueundnis.org/>

MELDUNGEN

Verkehrswende statt Abwrackprämie

250 Karlsruher*innen protestierten am 23. Mai mit einer Fahrraddemo für eine ökologische und soziale Verkehrswende. Mit Redebeiträgen beteiligten sich unter anderem Fridays for Future, das Klimabündnis, das Klimakollektiv und die Interventionistische Linke. Anlass war die Abwrackprämie für Verbrennungsmotoren, die aktuell von Autokonzernen gefordert, von der Mehrheit der Bevölkerung jedoch abgelehnt wird. Mit der Abwrackprämie werde der Kauf neuer Autos mit Verbrennungsmotoren gefördert, die durch ihre Emissionen die Klimakrise weiter anheizen. Dies nütze vor allem den klimaschädlichen Konzernen und dient nicht dem Allgemeinwohl. »Die Corona-Situation erschwert es zu protestieren. Aber die Klimakrise wartet nicht. Es ist wichtig, dass wir weiterhin auf die Straße gehen«, sagte Pressesprecherin Kim. Statt Abwrackprämie brauche es eine Verkehrswende – und die müsse sozial und ökologisch gerecht sein.

Kunst-Verkauf für Geflüchtete

Mit einer außergewöhnlichen Spendenaktion ruft die Initiative »Solidarity Art« dazu auf, auch während der weltweiten Corona-Krise, Geflüchtete an den Außengrenzen zu unterstützen. Von Künstler*innen gespendete Werke können über Solidarity Art von Kunstliebhaber*innen erworben werden. Durch den Verkauf werden bereits bestehende Projekte auf Lesbos unterstützt. In ihrer Pressemitteilung machen die Organisator*innen darauf aufmerksam, dass an den europäischen Außengrenzen Menschen- und Grundrechte seit Wochen außer Kraft gesetzt werden. Auf Lesbos seien zudem ein wichtiges Versorgung- und Verwaltungszentrum und ein Lagerhaus niedergebrannt. So wurden die letzten Möglichkeiten genommen, sich medizinisch und anderweitig zu versorgen.

Link: www.solidarity-art.de

ANZEIGE

graswurzel revolution

GWR 449
Mai 2020

Foto: Matthias Coers / zweischritte.berlin

**Schwerpunkt:
Covid-19-Kapitalismus**

Probeexemplar kostenlos:
www.graswurzel.net

DAS KURIERKOLLEKTIV »FAHRWERK«

Mehr als die Summe seiner Teile

Da es bei Fahrwerk (FW) keine*in Chef*in gibt, entfällt die Weisungsbindung, die einzelne Personen dazu zwingt, etwas zu tun. Doch natürlich ist es im Tagesgeschäft fatal, sich der Anweisung der Disponierenden zu widersetzen. Überleben im Kurier*innengeschäft doch nur die Firmen, die es am besten verstehen, die Flut an spontan hereinkommenden Aufträgen erst zu generieren und im Folgenden zu managen; sowie Krankmeldungen, Unfälle und technisches Versagen des Equipments in einen geordneten Arbeitsfluss umzuformen. Denn das ist das wahre Gesicht des Geschäfts.

SIMON RICHTER, FW-KURIERKOLLEKTIV BERLIN

Durch den weitestgehend hierarchiefreien Aufbau des Kollektivs bedarf es des eigenen Antriebs jede*r Einzelnen, die Arbeit auf so einem professionellen Niveau zu erledigen, dass sie Geld abwirft und für alle nicht dauerhaft frustrierend ist. Denn seien wir mal ehrlich: Der frühe Enthusiasmus scheidet doch nur all zu gerne am harten Asphalt der Realität.

Es geht also um Werte, in moderner Unternehmenssprache auch »Core Values« genannt. Aber diese Werte sind sinn- und zwecklos, wenn sie nicht gelebt werden. Werte zu leben, bedeutet eine Kultur zu pflegen. Diese gibt es natürlich auch in einem klassischen Familienbetrieb. Hier wäre jedoch ein kleiner Personenkreis für diese Kultur verantwortlich, hätte sie Jahre lang unter sich ausgemacht und auch die Mitarbeiter*innen danach auswählt. Kultur, die jedoch nicht vorgegeben und dennoch gelebt werden will, wird jeden Tag verhandelt. Was zu Recht erst einmal anstrengend klingt, weil es sehr viel Selbstengagement voraussetzt, wird mit der Zeit zur neuen Selbstverständlichkeit, wenn mensch gelernt hat, den Schlüssel zu benutzen und sich vor dem Knacken im Schloss nicht mehr zu fürchten.

Lebenselixier Kommunikation

Das Verhandeln als Tätigkeit, also die Kommunikation, ist das Lebenselixier des Kollektivs, denn lauter Individuen, die auf Anweisungen warten oder noch schlimmer, die alle Anweisungen geben, sind keine arbeitsfähige Gemeinschaft. Um beide Extreme und eine durch Frust entstehende Hierarchie zu vermeiden, bedarf es also mehrerer Dinge, von denen hier besonders eines betrachtet werden



▲ Das Fahrwerk Kurierkollektiv wurde vor zehn Jahren von Fahrradkurier*innen gegründet, die ihre Arbeitsbedingungen verbessern wollten. Bei FW sind alle gleichberechtigt. Es gibt zwar einen Geschäftsführer, aber nur weil das deutsche Recht es so vorsieht. Foto: Fahrwerk

soll: Die Erhöhung der Kommunikation und ihrer »Good Practices«. Selbstverständlich sind auch noch weitere Faktoren wie zum Beispiel gleicher Lohn und das Herabsetzen von Wissenshierarchien essentiell.

Bei der Kommunikation jedoch, bedingt das Eine das Andere. Es geht um einen Austausch auf Augenhöhe und um die Wertschätzung der Arbeit jede*r Kollektivistin. So ist es vor allem wichtig, den Menschen zu sehen und ihn von der Verwertungslogik der Arbeit zu entkoppeln. Im Falle von FW ist dies immer sehr direkt, durch die Kommunikation über Funk. So bekommen stets alle Kolleg*innen sofort mit, was gerade los ist und versuchen, wo es geht, zu helfen. Ein großer Teil der gelebten Kultur ist also das »Sich-gegenseitig-schätzen« und »Aufeinander-verlassen-können«. In der Sicherheit, dass die geleistete Hilfe frei von Wertung ist und dadurch am nächsten Tag, ebenso

wertfrei, bei einem anderen Problem zurückfließt. Dies ermöglicht das schnelle Lösen einfacher und das langfristige Lösen komplexerer Probleme. Wertfrei ist dabei als Wertung, die frei von persönlicher Kritik ist, zu verstehen. Natürlich ist das Bewerten ein essentieller Teil der Kommunikation und macht diese erst intelligent. Aber eben als produktives Feedback, ohne die Reduzierung der Person auf ein wirtschaftliches Subjekt.

Die banale Erkenntnis, dass die Verdichtung der Kommunikation die Kultur pflegt und fördert, die Kollektivintelligenz massiv erhöht und Feedback nicht als Kritik an der eigenen Person zu verstehen ist, ist meist ein mehrmonatiger, wenn nicht gar Jahre andauernder Prozess, indem die aufgezwungene Wertelogik des Marktes und die preußische Unterordnungsdoktrin der Gesellschaft dem freien kreativen Geist langsam wieder Platz machen.

Aus der wertfreien, unterstützenden Kommunikation mit dem Kollektiv ändert sich die Selbstwahrnehmung und damit das Sein. Sie ist also die intelligente Methode und bildet gleichzeitig die gelebte Kultur, durch die sich die Leute wohl fühlen und bleiben. Die Werkzeuge, derer sich Fahrwerk, »das Kommunikationskollektiv«, dabei bedient, sind klassisch bis modern.

Fester Rahmen für AGs

Der tägliche Einsatz der Smartphones beschränkt sich nicht auf die Auftragsdaten-App. Jedes Mitglied hat einen weiterentwickelten Sofort-Nachrichten-Dienst auf seinem Smartphone und Computer. Dieser Dienst ermöglicht besonders gut den Austausch in Arbeitsgruppen (AGs), die das Rückgrat des täglichen Geschäfts bilden. Von der Buchhaltung über die Lastenradtechnik, IT und Personal, verfügen

wir über insgesamt zwölf AGs, die den verschiedenen Abteilungen in großen Betrieben entsprechen. Für die erfolgreiche AG-Arbeit ist immer ein definierter Rahmen wichtig. Selbstorganisiert bedeutet nämlich nicht, dass sich die Dinge schon von alleine regeln.

Zur internen Kommunikation benutzt das Kollektiv »Slack«, das unter anderem mit automatisierten Erinnerungen arbeitet. Die Kollektivist*innen können sich gegenseitig direkt ansprechen, Teilaspekte von Aufgaben herausgreifen, bearbeiten und zurückspielen. So entstehen Lösungen, an die vorher vielleicht gar nicht gedacht wurde.

Derlei Raffinesse der digitalen Möglichkeiten haben das Plenum allerdings noch nicht ersetzt. Im Gegenteil, oft wird aus einer Diskussion im Büro, eine virtuelle Abwägung im Kollektiv und damit eine Plenumsentscheidung vorbereitet. Das einmal monatlich stattfindende Plenum ist mit AG-Berichten gefüllt. Dadurch werden alle Kollektivist*innen auf den selben Wissensstand gebracht. Die Aufgabe der AGs ist es, die Informationen aufzuarbeiten und zu treffende Entscheidungen vorher mit Pro- und Contra-Argumenten zu unterlegen, sodass eine zielführende Diskussion stattfinden kann. Darüber hinaus leistet sich FW einmal im Jahr sein Perspektivplenum. Hier werden langfristige Themen bearbeitet, die den unmittelbaren Arbeitsablauf nicht betreffen.

Auch wenn das monatliche Plenum für das tägliche Geschäft wichtiger ist, ist das Perspektivplenum unser größtes und nachhaltigstes Werkzeug. Hier wird die betriebsinterne Kultur in Reinform gelebt. Jedes Kollektivmitglied steht hier ganz persönlich mit den Fragen »Wie geht es dir? Wie geht es dir mit Fahrwerk (mit uns)?« und »Wie ist deine Perspektive für die Zukunft?« im Fokus. Auf keinem anderen Plenum kommen so viele Fahrwerker*innen zusammen. Die hierdurch erzeugte Kommunikationsdichte ist maximal. Treffen die bearbeitenden Thematiken FW doch tief ins Herz. Es wird das Manifest, Werte, niedergeschrieben, neue Ziele gesteckt und Strategien erarbeitet.

Die hier erzeugte Intelligenz schafft neue, viele gute Ideen und ist zugleich gelebte Utopie einer neuen Arbeitswelt und solidarischen Gesellschaft.

Link: www.fahrwerk-berlin.de/wp

NETZWERK NEWS



Fördern - Vernetzen - Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 40 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer*innen und Spender*innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

www.netzwerk-selbsthilfe.de

Keine Panik in pandemischen Zeiten

Wir leben in pandemischen Zeiten und ich muss mir eingestehen: Ich bin etwas beunruhigt. Natürlich bin ich beunruhigt wegen der Sterbenden, wegen Freund*innen und Verwandten und der stillen Gewissheit, dass Dinge, die ganz weit weg erscheinen, plötzlich ganz nah sein können. Auch bin ich beunruhigt, weil sich die gesamtgesellschaftliche Situation verschärft. Direkt vor unserer Haustür, wo kein Applaus der Welt etwas ändern kann, aber besonders dort wo es eh schon beschissen läuft: Leave no one behind! Holt die Menschen endlich aus den Lagern! Es ist unfassbar, was dort immer noch passiert! Und ich bin

beunruhigt, weil inmitten dieser Verschärfung plötzlich etwas erwächst, das sich perfider Weise »Widerstand 2020« nennt und es erneut schafft, ein diffuses Empörungsgefühl für sich zu nutzen. Dieses Auf-sich-reduziert-sein durch die Corona-Maßnahmen befeuert die neoliberalen Urängste von Abstieg und Armut. Zudem leben D-Prominente ihre Psychosen jetzt gemeinsam und öffentlich aus, um damit rechtsradikalen Verschwörungsmeinungen noch mehr Hype zu geben. Sie nennen sich Widerstand, schreiben sich Freiheit und Grundrechte auf die Fahnen, und es stellt sich einmal mehr die Frage, warum so wenige Menschen zu wissen scheinen, was diese Begriffe bedeuten?!? Ja, ich bin etwas beunruhigt.

Aktivismus unter pandemischen Umständen

Und während die Panik um sich greift, zeigen linke Projekte, wie solidarischer Protest aussehen kann. Mitten im Tohu wa-bohu von Coronaein- und -beschränkungen entstehen neue Protestformen und kreative Mittel des politischen Kampfes. Ob nun die Idee der Schuhversammlung vor dem Brandenburger Tor oder Proteste aus der Luft, zu Wasser und digital. Ob Schilderdemo, Gabenzäune oder Online-Beratung – die solidarischen Strukturen haben in Windeseile auf die Situation reagiert und trotz des erhöhten Drucks ihren Inhalten Gehör verschafft. Und es wird einfach mal Zeit, es öffentlich zu sagen: Vielen Dank für euren unermüdlichen

Einsatz für eine solidarische Welt, auch unter diesen Umständen! Es beruhigt, dass in dieser seltsamen Zeit die Linke nicht müde wird, Freiheit und Grundrechte für alle einzufordern und den ausgrenzenden und unterdrückenden Kräften Widerstand zu leisten. Denn im Gegensatz zu allen Faschist*innen dieser Welt, geht es uns tatsächlich um Freiheit, Grundrechte und Widerstand! In diesem Sinne seid daran erinnert, dass das Netzwerk Selbsthilfe weiterhin fördert und ihr wie gewohnt eure Projektanträge bei uns einreichen könnt. Bis dahin bleibt gesund und bleibt laut für eine solidarische Welt!

Elsa Buchweib

Infos unter: www.netzwerk-selbsthilfe.de

EINE FREIE INTERNATIONALE UNIVERSITÄT

Material für eine bessere Welt

1973 gründete Joseph Beuys gemeinsam mit seinen Künstlerkollegen Klaus Staack und Georg Meistermann sowie dem Publizisten Willi Bongard den Verein der »Free International University (F.I.U.)« als Alternative zu den deutschen Kunsthochschulen. Mit der F.I.U. wollte Beuys einen »organisatorischen« Ort schaffen, an dem abseits des regulären Hochschulkontextes frei an sozialen Fragen geforscht und gearbeitet werden konnte. Der Verein wurde 1988, zwei Jahre nach Beuys' Tod, geschlossen. Doch die F.I.U. lebt weiter: unter anderem in dem von Autor und Verleger Rainer Rappmann gegründeten und betriebenen FIU-Verlag in Achberg bei Lindau am Bodensee.

MARLENE SEIBEL, REDAKTION LÜNEBURG

»Kunst = Kapital« ist die berühmte Formel, mit der Joseph Beuys seine Theorie zum wahren Kapital der Gesellschaft auf den Punkt brachte: Jenes liegt gemäß Beuys nicht in der Menge des in der Gesellschaft verfügbaren Geldes, sondern in dem Grad der ausgebildeten Kreativität bzw. Gestaltungsfähigkeit des Einzelnen. In einer Gesellschaft, die auf den Prinzipien von »Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit« aller Menschen fußen soll, kommt dem Bildungssystem im Rahmen dieses Kapitalbegriffs eine Schlüsselrolle zu: Denn Bildungseinrichtungen sollten, nach Beuys, eben jene Orte sein, an denen die Menschen ihre Gestaltungsfähigkeit entdecken und frei entfalten können, um diese letztlich zur Steigerung des Gemeinwohls einsetzen zu können. Die damals (und heute noch) in der Mehrheit der Schulen und Hochschulen praktizierten, von der Logik des Kapitalismus geprägten Lehr- und Lernkonzepte hielt Beuys in dieser Sache für ungeeignet und gründete 1973 den Verein der »Free International University«. Unter dem Dach der F.I.U. sollten sich, so Beuys in einem Artikel aus der Frankfurter Rundschau 1978, »alle Gruppen und Keimzellen« vereinen, »zu denen Menschen sich zusammengeschlossen haben, um gemeinsam die Fragen der sozialen Zukunft zu durchdenken«.

Im Sommer 1973, wenige Monate nach Gründung der F.I.U., traf



▲ Joseph Beuys und Rainer Rappmann 1981 in der Düsseldorfer Kunstakademie

Foto: Achberger Archiv

der damals 22-jährige Rainer Rappmann auf den zu dieser Zeit bereits weltweit bekannten Beuys. Rappmann studierte die Fächer Pädagogik, Kunst, Deutsch und Philosophie in Landau. Beide waren zum ersten Jahreskongress »Fünf Jahre Prager Frühling« ins Internationale Kulturzentrum Achberg gekommen – einer von Mitgliedern der 68er-Bewegung gegründeten Begegnungsstätte für Menschen, die, ganz im Sinne der F.I.U., an einer Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus forschen wollten. Beuys, an der Gründung des Zentrums nicht unbeteiligt, hielt damals ein Seminar zu »Kunst im Wirtschaftsbereich«, Rainer Rappmann war einer der knapp 100 Teilnehmer*innen.

Insbesondere Beuys' Sprache, für Rappmann eine ganz eigene »Kunstäußerung«, und dessen Auslegung und Weiterentwicklung des Steinerschen Konzepts der sozialen Dreigliederung hin zur Sozialen Plastik waren es, die Rappmann sofort für den Künstler einnahmen. Ähnlich wie Beuys hatte auch Rappmann sich bereits im Rahmen seines

Studiums dezidiert mit Anthroposophie auseinandergesetzt und war mit diesem Hintergrundwissen nach Achberg gereist. Noch an jenem Tag der ersten Begegnung ließ er sich, von dem Gedanken getragen, das Gesagte für die Nachwelt festhalten zu wollen, einen Fotoapparat und machte die ersten Aufnahmen jener Materialsammlung, die heute das »Achberger Beuys-Archiv« ist.

Der aus diesem Treffen resultierende innere Antrieb, für die Soziale Plastik wirken zu wollen, war es auch, der Rainer Rappmann wenig später dazu anhielt, seine anstehende Examensarbeit über Beuys zu schreiben, dessen politische Seite: Im März 1974 interviewte er daher den Künstler in dessen Atelier und Wohnzimmer in Düsseldorf. »Das Gespräch selbst verlief über zwei Stunden«, erinnert sich Rappmann, und mündete in der Abschlussarbeit »Joseph Beuys und die Veränderung der Gesellschaft«, die auf Empfehlung des Künstlers selbst hin zwei Jahre später von Rainer Rappmann, Volker Harlan und Peter Schata als Publikation mit dem Titel »Soziale Plastik«

der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.

Seit 1973 sammelt und dokumentiert Rainer Rappmann nun alles, was Beuys und die Soziale Skulptur betrifft – zu dessen Lebzeiten auch in enger Kooperation mit dem Künstler selbst. 25 dicke Ordner mit Briefwechseln und anderen Schriften von Beuys, drei Regale voller Bücher, signierte Großfotos und Plakate, vier Multiples, die der Künstler für die F.I.U.-Zweigstelle Argental anfertigte, sowie diverse Tonbänder und Super-8-Aufnahmen sind so über die Jahre zusammengewachsen.

Doch Rappmann archiviert nicht um des Archivierens willen. Vielmehr ist es ihm ein Anliegen, das gesammelte Material für Interessierte zugänglich zu machen – und somit den Austausch über und das Weiterdenken an der Idee der Sozialen Skulptur und den Fragen der sozialen Dreigliederung – ganz gemäß dem Konzept der F.I.U. – zu fördern. So organisiert er seit 1988 Studientage und Symposien zum Erweiterten Kunstbegriff in Achberg und gründete schließlich 1991, nach zehn Jahren Geschäftsführertätig-

keit in der F.I.U.-Zweigstelle »Freie Volkshochschule Argental«, den FIU-Verlag.

In Personalunion betreibt Rappmann seither den kleinen Verlag, der mit seinen Veröffentlichungen Materialien und Ansätze liefern möchte, »wie unser aller Leben zu einem Besseren gewendet werden kann«. 60 Publikationen sind so im Laufe der Zeit im FIU-Verlag erschienen, darunter neben den Dokumenten von und zu Beuys unter anderem Werke von dessen Meisterschüler Johannes Stüttgen, Grünen-Mitbegründerin Petra Kelly, Regisseur und Autor Christoph Schlingensiefel und dem Anthroposophen Wilhelm Schmudt.

Seit ein paar Jahren steigt die Nachfrage an Bestellungen, sagt Rappmann: »Die Systemfrage wird heute wieder gestellt. Das Interesse an Beuys, an seiner politischen Seite, an seinen Begriffen nimmt zu.« Letzteres hätte der Künstler sicher begrüßt, sah er doch stets das »Umdenken verhärteter Begrifflichkeiten« als essentiellen Schritt auf dem Weg gesellschaftlicher Transformation an. »Denn«, so Beuys in der Frankfurter Rundschau 1978, »mit Begriffen ist immer eine sehr weittragende Praxis verbunden, und die Art und Weise, wie über einen Sachverhalt gedacht wird, ist entscheidend dafür, wie man mit diesem Sachverhalt umgeht.«

Sprache schafft Bewusstsein – dank Rappmanns jahrzehntelanger Dokumentation können wir heute noch immer auf die beuys'schen Worte und Gedanken, die Begriffe und Visionen zurückgreifen, sie durchdenken, verstehen und weiterentwickeln. Nicht nur individuell, sondern im Austausch. Denn Sprache schafft Bewusstsein – und Kommunikation erweitert es.

Links:

FIU-Verlagshomepage: <https://fiu-verlag.com/>
Verein Soziale Skulptur: <https://www.sozialeskulptur.com/>
Ausstellung »Joseph Beuys - Die Verbreitung von Ideen« in Ulm (21. November 2020 bis 14. März 2021): <https://museumulm.de/ausstellungen/vorschau/>
Kulturzentrum Achberg: <http://www.kulturzentrum-achberg.de/>

NACHRUF

Eine Pionierin der Frauenbewegung ist von uns gegangen

Prof. Dr. Ursula Nienhaus war Mitgründerin und langjährige Leiterin des FFBIZ-Archivs. Sie baute eine der größten Sammlungen zur Frauenbewegung seit Anfang der 1970er Jahre auf. 2011 hatte sie sich aus dem Berufsleben zurückgezogen. Am 17. April 2020 ist sie verstorben.

GISELA NOTZ, BERLIN

Ursula war eine der »Alt-Feministinnen«, von der ich nicht weiß, wann ich sie kennengelernt habe, weil ich sie eigentlich schon immer kannte. Sie war eine derjenigen, die sich stets und über alle Zeiten zum Feminismus bekannt hatten, auch wenn dies nicht »modern« war. Als ich ihr das letzte Mal begegnete, erzählte sie mir voller Stolz, dass nun junge Frauen das FFBIZ übernommen haben und es in guten Händen ist. Das FFBIZ, das Frauenforschungs-, Bildungs- und Informationszentrum e.V. in Berlin war – neben anderen Aktivitäten – ihre Herzensaufgabe. Sie hat es (mit)gegründet. Dass es sich durch

die (nicht nur) finanziellen Schwierigkeiten durch die Jahre bringen konnte, war vor allem ihr Verdienst. Und darauf, dass es nach ihrem »Ruhestand« von jungen Menschen weitergeführt wurde, war sie zu Recht stolz. Das haben nicht alle Gründerinnen für ihre Projekte geschafft.

Was viele vielleicht nicht mehr wissen: Das FFBIZ wurde 1973/74 als vorläufige Sammlung des Lesbischen Aktionszentrums begonnen und 1978 – zehn Jahre nach dem legendären Tomatenwurf – gegründet. Das FFBIZ war bewusst ein außeruniversitäres wissenschaftliches Projekt. Es verstand sich, wie andere Einrichtungen der autonomen Frauenbewegung, als Kritik an der etablierten herrschenden Wissenschaft und Forschung, die Frauen – bevor die Frauen- und Geschlechterforschung entstand – sowohl als Subjekt als auch als Objekt weitestgehend ausschloss und nur reduziert und verzerrt wahrnahm. Das FFBIZ vertrat seit der Gründung 1978 eine historisch-kritische Geschlechterfor-

schung, die durch den Einfluss der autonomen Forscherinnen auch die universitäre Forschung und Lehre verändert hat.

An der FFBIZ-Gründung beteiligten sich Frauen verschiedener Kontinente und etliche Mitarbeiterinnen aus unterschiedlichen damals sogenannten »Entwicklungshilfe-Einrichtungen«; jahrelang gab es eine aktive Arbeitsgruppe internationaler Frauen im FFBIZ. Daher wurden außer Materialien aus und über Berlin und die Bundesrepublik auch Frauenbewegungsdokumente aus nahezu allen Teilen der Welt gesammelt, erschlossen und zur öffentlichen Nutzung bereitgestellt. Die Bestände des Archivs sind seit der Gründung des FFBIZ kontinuierlich gewachsen. Die Erfahrungen des FFBIZ wurden von ähnlichen Einrichtungen in anderen Orten aufgenommen.

Wie viele Frauenprojekte litt das FFBIZ unter ständigem Geldmangel und war nur durch viel Gratisarbeit zu retten. Dass das Archiv daran nicht zugrunde ging, sondern

eine der größten Sammlungen zur Frauenbewegung seit Anfang der 1970er Jahre wurde, ist Ursula zu verdanken. Schließlich musste die autonome »Staatsknete-Abneigung« überwunden werden, das war kein leichter Prozess, rettete jedoch das Projekt. Dass sie am 10. Dezember 2014 das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland genommen hat, verwunderte mich. Schließlich hätte dieser Staat dem Herzensprojekt lieber den Geldhahn zugedreht. Als das FFBIZ im Jahr 2018 sein 40-jähriges Bestehen feiern konnte, wurde auch Ursula von ihren fitten jungen Nachfolgerinnen im Rahmen des FFBIZ Oral-History-Projekts interviewt. So können wir sie noch einmal erzählen lassen, wie das alles damals wirklich war. Vermissten werden wir sie dennoch, denn eine wie sie vergisst man nicht.

Unsere Autorin Gisela Notz war viele Jahre Redakteurin der »beiträge zur feministischen theorie und praxis«.

ANZEIGE

Deutschland und ...

Weibliche Beschneidung
PIS - weibliche Geschlechterforschung

Eine Tradition? Eine schwere Menschenrechtsverletzung! Beschrieben werden Länder, Gesellschaften, Verbote, Beratungsmöglichkeiten.

Weibliche Beschneidung
Magazin Verlag, 2020, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

INDIGENE BEWEGUNG IM CAUCA/GEMEINSCHAFTSORIENTIERTE WIRTSCHAFT

»Wir sind Träumer*innen«



▲ Beim trueque im Selbstverwaltungsgebiet Poblazón tauschen indigene Kleinbäuer*innen direkt und ohne Geld Erzeugnisse.
Foto: Eliseth Peña



▲ Ana Berta Finscue und Carmensa Cuchillo vom Gemeinschaftsunternehmen Truchas Juan Tama im Selbstverwaltungsgebiet Tacueyó
Foto: Martin Mäusezahl

Die indigene Bewegung im kolumbianischen Departamento Cauca (siehe Info-Kasten) baut an einer »eigenen Wirtschaft«: In der Hand der Gemeinden stärkt sie Selbstverwaltung und Bewegung und soll ein Weg aus ihrer stark benachteiligten Position und kapitalistischen Strukturen sein. Neben der Rückgewinnung und Vergemeinschaftung von Land gibt es viele Projekte, um alternative Wirtschaftsstrukturen aufzubauen.

MARTIN MÄUSEZahl, HAMBURG
& ELISETH PEÑA, POPAYÁN (CAUCA)

Auf dem zentralen Platz von Poblazón wuseln rund 500 Menschen umher und tauschen Lebensmittel. In diesem »Resguardo« (Selbstverwaltungsgebiet) findet heute ein »trueque« statt. Dabei tauschen Kleinbäuer*innen verschiedener Klimazonen ihre Erzeugnisse direkt untereinander und ohne Geld. Die Tauschverhältnisse sind nicht festgelegt. »Der Tausch muss von beiden Seiten als gerecht empfunden werden«, erklärt Jaime Camacho, Organisator des trueque. Vor rund 20 Jahren belebten die indigenen Gemeinden des Cauca eine alte Tradition neu. Der trueque ist dabei viel mehr als ein reiner Tauschhandel. Es ist ein »Austausch von Worten, Gedanken und Produkten, bei der die Gemeinschaft im Zentrum steht«, wie Olga Gurrute, die Gouverneurin von Poblazón, zur Eröffnung sagt. Kommunale Radios und Video-Kollektive berichten. Bands spielen,

Schüler*innen haben das Theaterstück »Geschichte des trueque« vorbereitet. Es gibt einen Stand des eigenen Gesundheitsprogramms. Viele indigene Amtsträger*innen sind anwesend. Durch den trueque werde die Nahrungsmittelsouveränität der Gemeinden gestärkt, sagt die Vizegouverneurin Sandra Calambas. »Außerdem machen wir uns unabhängiger von der Macht des Zwischenhandels und der großen Unternehmen.«

Der Kampf um Land

Land(wirtschaft) ist die zentrale ökonomische Grundlage der indigenen, kleinbäuerlichen Gemeinden im Cauca. Ab den späten 1960ern begannen viele Gemeinden, die sich in der indigenen Bewegung organisierten, Land zu besetzen, auf dem sie vorher als Landpächter*innen Frohndienste für die Großgrundbesitzer ableisten mussten: Kraftvolle Landbesetzungen und andere Mobilisierungen führten zur legalen Rückgewinnung von immer mehr Land sowie dem Recht auf Selbstverwaltung. Bestehende Selbstverwaltungsgebiete wurden gestärkt und ausgeweitet, viele andere neu gegründet. In der Verfassung von 1991 wurde schließlich das Land der Resguardos als unveräußerliches kollektives Eigentum der Gemeinden festgeschrieben. Diese verteilten dann Parzellen zur kostenlosen Nutzung an die einzelnen Familien. »Für uns ist zentral, dass das Land als unser Produktionsmittel vor allem eine gesellschaftliche Funktion erfüllen muss«, sagt Fabio Avirama, Mitarbeiter der politischen Abteilung des CRIC. »Es ist ein zentraler Baustein unserer nachhaltigen, selbstversorgenden und selbstbestimmten Entwicklung.«

Doch trotz der Erfolge steht den indigenen Gemeinden weiterhin viel zu wenig Land zur Verfügung. Ein Großteil der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen gehört wenigen reichen Familien, die dort industriellen Zuckerrohr anbauen. Seit Jahren besetzen daher Aktivist*innen immer wieder Zuckerrohrfelder, bauen Lebensmittel für den Eigenbedarf an und wehren sich gegen die militärisch ausgerüstete Polizei, deren Angriffe bereits viele von ihnen das Leben gekostet hat.

Ein weiteres Problem für die indigenen Gemeinden ist, dass sie für ihre Erzeugnisse meist nur sehr wenig Geld erhalten. »Wir haben jetzt zwar Land, aber nun sind wir die Leibeigenen der Händler. Der Markt gibt uns keine Gewinnmöglichkeiten, er beutet uns aus. So kommen wir nie aus der wirtschaftlichen Not heraus«,

berichtet der Kleinbauer Jesús Peña. Diese Abhängigkeit vom Markt spüren auch die Kaffeeproduzent*innen im Selbstverwaltungsgebiet Chimborazo. »Der Kaffeeanbau ist sehr harte Arbeit und was wir für den Anbau benötigen, wird immer teurer. Aber die Händler zahlen uns sehr wenig für unsere Ernte. Manchmal reicht es so gerade, nicht selten liegt der Verkaufspreis aber unter unseren Produktionskosten«, berichtet Abraham Guacheta.

Wenn vom Staat überhaupt etwas kommt, dann sind es Bergbau- oder Staudammprojekte. Diese lehnen die Selbstverwaltungsgebiete aber ab, denn sie zerstören Land, Umwelt und Gesellschaft und hielten neokoloniale Ausbeutungsstrukturen aufrecht. Daher haben die Gemeinden mittlerweile eigene »Pläne für das Leben« entwickelt. Ziel ist ein gutes Leben für die Gemeinde als Ganzes. Unter anderem soll eine eigene Wirtschaft aufgebaut werden, die kommunale Prozesse sowie die Bewegung stärkt, statt Einzelne reich zu machen oder den erwirtschafteten Reichtum nach Außen fließen zu lassen.

Gemeinsam stärker

In diesem Kontext sind bereits viele konkrete Initiativen entstanden. Eine davon ist die Kaffeekooperative CENCOIC. In ihr sind rund 3.000 Familien aus 18 verschiedenen Selbstverwaltungsgebieten organisiert. Durch die Kooperative erhalten sie agrartechnische Unterstützung zur Verbesserung ihrer Erträge und erzielen höhere Preise. »Durch den solidarischen Zusammenschluss«, so die Kaffeebäuerin Dilma Velazco, »haben wir Dinge erreicht, die wir uns alleine nie erträumt hätten.«

Die Idee, gemeinsam stärker zu sein und mehr möglich zu machen, verfolgt auch der »Fondo Rotatorio«, eine solidarische Spar- und Kreditkassa im Selbstverwaltungsgebiet von Tacueyó. »Für indigene Kleinbäuer*innen ist es sehr schwer, bei Banken überhaupt an Kredite zu kommen. Und wenn, dann sind die Zinsen enorm hoch«, berichtet Addier Pilcue, der Koordinator des Fondo. Die von der Selbstverwaltung ins Leben gerufene Kasse vergibt Kredite an Bewohner*innen des Resguardos. Das Geld kommt von rund 2.000 Gemeindegliedern, die Spareinlagen beim Fondo haben. Während dafür im Vergleich recht hohe Sparzinsen gezahlt werden, liegen die Kreditzinsen bei unter einem Prozent. Pfändungen gibt es nicht. Sollte es mal Probleme bei der Rückzahlung geben, wird gemeinsam nach einer Lösung gesucht.

Beim Gemeinschaftsunternehmen »Truchas Juan Tama« in Tacueyó arbeiten 45 Mitarbeiter*innen in der Zucht und Weiterverarbeitung von Forellen. Wie alle Gemeinschaftsunternehmen ist es Eigentum der Gemeinde und wird von der Selbstverwaltung kontrolliert, an die auch etwaige Überschüsse gehen. »Das Unternehmen ist wirtschaftlich rentabel«, sagt Ana Berta Finscue, Koordinatorin der Weiterverarbeitungsanlage. »Es geht aber nicht vorrangig um den wirtschaftlichen Erfolg, sondern wichtige Ziele sind die gesellschaftlichen Effekte. Wir wollen möglichst viele Arbeitsstellen schaffen.« Wie vielen Betrieben in den indigenen Selbstverwaltungsgebieten geht es ihnen auch darum, eine Alternative zur Attraktivität von bewaffneten Gruppen und der Drogenwirtschaft zu schaffen, vor allem für junge Menschen.

Frauen tragen Verantwortung

Neben vielen Jugendlichen arbeiten auch viele Frauen im Betrieb. »Man sieht heute, dass sich etwas verändert hat. Vorher hatte man als Frau Angst davor, ein Amt oder gar die Leitung in einem Unternehmen zu übernehmen. Es war klar, dass können nur Männer machen«, stellt Ana Berta fest. »Früher haben wir Frauen auch schon einen wichtigen Beitrag geleistet. Jetzt tragen wir auch die formelle Verantwortung. Dadurch lernen wir und es macht uns stark.« Gleiches gilt auch für die Bewegung insgesamt: »Juan Tama zeigt: Wir als indigene Bewegung können unsere eigenen Betriebe aufbauen, wir können uns selbst Arbeitsplätze schaffen, unsere eigenen Lösungen finden – trotz der Marginalisierung und des bewaffneten Konflikts. Wir sind Träumer*innen, die glauben, dass wir so viel größere Sachen schaffen können.«

In vielen Selbstverwaltungsgebieten haben sich mittlerweile ähnliche Gemeinschaftsunternehmen gegründet: »Kwe'sx Arroz« produziert Reis, »Jugos Fxize« stellt Wasser und Fruchtsäfte her, im Selbstverwaltungsgebiet von Paez wird das Craft-Bier »Seen Ewa« gebraut. Die Zutaten kommen aus den Selbstverwaltungsgebieten. So auch beim Milchwarenbetrieb »Nasalac«, der entstand, um die Weiterverarbeitung der eigenen Rohprodukte selbst in die Hand zu nehmen. »Der dadurch erzeugte Mehrwert soll in unseren Gemeinden bleiben und für unsere Gemeinschaftsprozesse eingesetzt werden, statt bei den großen weiterverarbeitenden Unternehmen zu landen«, erklärt Nora Taquinas, Mitglied des

Selbstverwaltungsrates von Tacueyó.

Für viele Gemeinschaftsunternehmen ist es jedoch schwierig, in den eigenen Strukturen oder gar außerhalb weitere Verbreitung zu gewinnen. Hier setzt das neue Projekt der Kaffeekooperative CENCOIC an. Seit Januar versucht dort eine neue Abteilung zusammen mit den Gemeinschaftsläden der Selbstverwaltungsgebiete, »den Absatz von Erzeugnissen aus der Bewegung innerhalb der Bewegung zu steigern«, wie Koordinator Manuel Bustos erklärt. Dazu wollen sie den Handel von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zwischen Resguardos und Produkten aus den Gemeinschaftsbetrieben organisieren und ausweiten. »Wenn es uns gelingt, dass wir mehr von unseren eigenen Leuten kaufen, dann bleibt mehr von unserem Geld in der Bewegung und stärkt sie statt große Konzerne, die uns ausbeuten. Das kommt am Ende allen zugute.«

Indigenes Cauca

organisiert sich seit 1971 im »Consejo Regional Indígena del Cauca« (Indigener Regionalrat des Cauca, CRIC). Zentral war und ist für die Bewegung der Kampf gegen die kolonial-rassistische Ausgrenzung als Indigene sowie gegen die wirtschaftliche Ausbeutung als Kleinbäuer*innen. Dazu kommt die Selbstbehauptung im Konflikt zwischen Guerillas und kolumbianischem Staat, der mittlerweile von einem undurchsichtigen Drogenkrieg abgelöst wurde. Seit der Gründung des CRIC erkämpfte die indigene Bewegung trotz massiver Repression umfassende Selbstverwaltungs- und Landrechte sowie kulturelle Anerkennung. Die Bewegung organisiert sich aktuell in 126 indigenen Lokalverwaltungen (Cabildos Indígenas) und 94 rechtlich anerkannten indigenen Selbstverwaltungsgebieten (Resguardos Indígenas) mit etwa 264.000 Einwohner*innen und einer Fläche von circa 5.500 km². In den Selbstverwaltungsgebieten organisieren die Menschen ihre Verwaltung, sowie Teile ihrer Bildung, Gesundheitsversorgung und Wirtschaft nach eigenen Vorstellungen und unter Beteiligung der gesamten Gemeinde. Die wiederbelebten indigenen Weltansichten, Sprachen und Gesellschaftsweisen bilden die Basis für den Zusammenhalt der Gemeinden und sind zentraler Kraftquell der Bewegung. Der CRIC ist aufgrund seiner Organisiertheit und Kampfstärke zu einem Vorreiter für ganz Kolumbien geworden.

ANZEIGE

PROKLA

ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SoZIALWISSENSCHAFT Seit 1971

Schwerpunkthemen

- Nr. 195: Umkämpfte Arbeit – reloaded (2/2019)
- Nr. 196: Krise der (europäischen) Sozialdemokratie (3/2019)
- Nr. 197: Krisen der Reproduktion (4/2019)
- Nr. 198: Globale Stoffströme und internationale Arbeitsteilung (1/2020)
- Nr. 199: Politische Ökonomie des Eigentums (2/2020)

Einzelheft:
192 S., 15,- [D] / 15,40 [A]

Probeheft anfordern!
www.berzt-fischer.de/prokla

BERTZ + FISCHER

DIE BUCHHANDLUNG IM SCHANZENVIERTEL

Kollektiv im Quartier

Gemeinschaftlich, politisch, kollektiv - seit über 40 Jahren besteht die Buchhandlung im Schanzenviertel. Sie ist seit 1984 als GmbH nach streng genossenschaftlichen Prinzipien organisiert. Wie fast alle heute noch bestehenden Buchladen-Kollektive hatte sie ihren Ursprung in den neuen sozialen Bewegungen der 1970/80er Jahre. Eine zentrale Zukunftsfrage ist dauerhaft geklärt. Das Haus, in dem sich der Laden auf dem Schulterblatt befindet, wurde vor einigen Jahren mit dem Mietshäuser-Syndikat gekauft und damit dem Markt entzogen.

FLORIAN KAUFMANN, FRANKFURT

1979 taten sich politisch Aktive zusammen. Ihr Ziel: in der Bartelsstraße in Hamburg unter einem Dach mit einem Kinderbuchladen und einem Spielzeugladen den Kindern des damaligen Arbeiter*innenviertels ein alternatives, fortschrittliches Angebot zu machen. Den vier Gründer*innen ging es dabei nicht um die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts. Mit einem Startkapital von 20.000 DM sollte das Kinderzentrum, inspiriert durch die Kinderladenbewegung, eine pädagogisch-wertvolle und ökologisch-gesunde Alternative bieten. Diese sollte gemeinschaftlich und mit den Initiativen des Viertels gestaltet werden. Einige der Gründer*innen wohnten zugleich in der darüber liegenden Wohnung. Über lange Jahre zahlten sie sich nicht mehr als 400 Euro monatlich aus. Wichtiger als Geld war ihnen, Kindern einen alternativen Raum und Stoff zum Lesen und Schmökern zu geben.

Grundsätze bewahrt

Mit dem Viertel veränderte sich in den 1980er Jahren auch der Buchladen. Als die großen Fabriken mit teils bis zu 500 Arbeitskräften schlossen, strömten die alternative Szene und Studierende in das Viertel. Im einzigen Buchladen der Gegend wuchs die Nachfrage nach politischer Literatur und später auch Belletristik. Der Laden passte sein Sortiment an und eröffnete 1991 auf dem Schulterblatt einen zweiten Buchladen für Erwachsene. Kurz zuvor hatte die politische Buchhandlung Gegenwind ihr Geschäft an der Universität geschlossen. Von einst elf politischen



▲ In der Buchhandlung im Schanzenviertel wird das genossenschaftliche Identitätsprinzip - Mitarbeitende sind Eigentümer*innen und umgekehrt - seit Jahren konsequent umgesetzt. Fotos: Sarah Lorenz

Buchläden in Hamburg bestehen heute noch drei in der Stadt.

Mit der Filialeröffnung hielt die Professionalisierung endgültig Einzug in der Buchhandlung im Schanzenviertel. Seither können alle Kollektivist*innen von der Arbeit im Laden leben und ein Gehalt erzielen, das sich durch eine weitgehende Urlaubsregelung auf dem Niveau anderer Buchhandlungen bewegt. Seit 1984 gilt eine Vier-Tage-Woche mit einem Urlaubsanspruch von acht Wochen pro Jahr. Zudem wurde ein Einheitslohn für alle Beschäftigten festgesetzt, die gleichzeitig Gesellschafter*innen werden mussten. Der Gesellschaftsvertrag legt gleiches Stimmrecht für alle fest, unabhängig von der Höhe ihrer GmbH-Einlage. Zudem können die Geschäftsanteile ohne die Zustimmung der Gesellschaft nicht vererbt

werden und der Gewinn muss für Investitionen in der Gesellschaft verbleiben.

Immer wieder geriet die kollektive Struktur ins Wanken, wenn beispielsweise einzelne Mitarbeiter*innen nicht zusätzlich Gesellschafter*innen werden wollten. Teile der jeweiligen Belegschaft wollten die Kolleg*innen trotzdem behalten, andere pochten auf die kollektive Verfassung. Die Trennung in zwei Filialen mit jeweiligem Alltagsgeschäft und unterschiedlicher Intensität des Kontakts innerhalb des Kollektivs machte Konfliktlösungen nicht einfacher. Doch bei Fragen der kollektiven Organisation setzten sich immer die Kräfte durch, die für ein echtes Kollektiv eintraten. Die beiden Buchläden blieben unter einem GmbH-Dach und alle zehn Beschäftigten

weiterhin ihre Gesellschafter*innen und Geschäftsführer*innen. Dadurch entstehe »kollektive Zusatzarbeit«, die an manchen Tagen auch fast die Hälfte der Arbeit ausmache, so Jutta Lux, Mitglied des Schanzenviertelbuchladenkollektivs. Doch trotz des größeren Zeitbedarfs schätzt sie die Gemeinsamkeit und den Austausch im Kollektiv, die der Arbeit Sinn und Gemeinschaft gibt. Dazu gehöre auch geteilte Verantwortung.

Mit Veränderungen Schritt halten

Verantwortung mussten die Mitglieder auch in wirtschaftlichen Krisen übernehmen. Ende der 1990er Jahre erfasste der Strukturwandel mit dem Aufkommen großer Filialisten und dem Internet den Buchhandel. Auch

der Schanzenviertelbuchladen war erheblich betroffen. Im Gegensatz zu vielen kleinen und mittleren Buchhandlungen konnte er den Wandel überleben. Dazu trugen vor allem die Mitarbeiter*innen bei, die zur Abwendung einer Insolvenz auf Teile des Gehalts verzichteten. In den letzten Jahren konnten sich die Mitglieder hingegen ein ums andere Mal ein zusätzliches Urlaubsgeld auszahlen.

Die positive Entwicklung des Buchladen-Kollektivs ist untrennbar mit der Entwicklung des Viertels verbunden. Das Schanzenviertel und vor allem das Schulterblatt wurden zur Flaniermeile der Stadt. Besonders am Wochenende werden Tourist*innen von überall angelockt. Dem linken Buchladen hat die Gentrifizierung geholfen. Er passte sich den neuen Gegebenheiten an, ohne seine politischen Ideale zu verraten. Gemeinsam bestimmt das Kollektiv, welche Bücher verkauft werden. Dabei sind rechte, sexistische und andere diskriminierende Werke ausgeschlossen. Der Laden am Schulterblatt fungiert noch heute zum Teil als linker Infoladen, ohne dabei Schwellenangst für den Banker zu erzeugen, der hier sein Buch bestellt, betont Mitarbeiterin Lux. Die Klientel des Ladens ist so bunt wie das Viertel. Auch Tourist*innen finden hier ihren Zugang.

Nicht nur der Laden am Schulterblatt ist eine Institution der linken Szene in der Schanze. Auch der Kinderbuchladen blieb eng mit den Initiativen und Kindereinrichtungen des Stadtteils verbunden. Noch heute finden regelmäßig Kita-Elternabende im Kinderbuchladen statt. Wichtige Entscheidungen werden weiterhin in den Ladensitzungen aller Kollektivist*innen besprochen. Von den früheren politischen Diskussionen bei Wein und Essen sind heutige Treffen allerdings weit entfernt. Die abwechselnd alle zwei Wochen stattfindenden Ladensitzungen in den einzelnen Filialen oder im Gesamtkollektiv arbeiten über mehrere Stunden nach Feierabend die zentralen organisatorischen und perspektivischen Fragen des Betriebs ab. Das sei schon anstrengend, so Jutta Lux, gehöre aber dazu.

Florian Kaufmann hat die Entwicklung der kollektiven Buchläden untersucht und seine Ergebnisse kürzlich veröffentlicht: Florian Kaufmann (2020): **Gemeinsames Aufbrechen - Kollektive Buchläden in der BRD, AG SPAK-Bücher**.

BUCHBESPRECHUNG

Kollektive Buchläden - Entstehung, Wandel, Stabilisierung

In Deutschland werden Produktivgenossenschaften als die Exoten der Genossenschaftslandschaft gesehen. Das ist ein Wahrnehmungsfehler. Die aktuelle Veröffentlichung von Florian Kaufmann über kollektive Buchläden verdeutlicht: Sie gehören zu den Pionieren der Selbstverwaltungsbetriebe und waren zeitweise in fast allen Großstädten mit Hochschule präsent. Erstaunlich viele haben mit ihrer besonderen Organisationsstruktur bis heute »überlebt«.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

In guter »alter« Tradition der Buchreihe Solidarische Ökonomie der AG SPAK reiht sich der spannende Branchenreport »Kollektive Buchläden« von Florian Kaufmann ein. Er umgeht geschickt die typische Überforderung vieler Autor*innen, immer möglichst alle Produktivgenossenschaften in Deutschland erfassen und analysieren zu wollen. Durch die

Konzentration auf eine Branche kann er beispielhaft deren Breite und Vielfalt veranschaulichen. Gleichzeitig lassen sich so wichtige typische Bausteine und Gründe für Entstehen, Erfolg und Scheitern gut erkennen.

Dazu gehören der anfänglich sehr enge Zusammenhang mit dem Aufklärungs- und Informationswillen der Studierendenbewegung oder die jahrzehntelange geringe Dynamik der Branche. Hervorzuheben sind auch die ursprünglich politischen und schließlich sich etablierenden Unterstützungsstrukturen sowie die sich positiv auswirkenden Verbandsstrukturen des VLB (Verband linker Buchläden) und der linken Verlagsauslieferung SOVA. Verschiedene Differenzierungswellen vom politischen zum kollektiven Buchladen, der aufflammende Szenewettbewerb mit Frauen- und Schwulen- oder Kinder- und Ökobiläden stellen weitere übliche Erfahrungen in den meisten Städten dar.

So gut wie jeder Buchladen »durchlebte« Professionalisierungsschübe, immer verbunden mit Konflikten und einer jeweils hohen interne Bedeutung - Macht - des »Finanzverantwortlichen«.

Die detaillierte Aufbereitung der Entwicklungen der Buchläden von Kaufmann ist bemerkenswert, manchmal schon zu differenziert. Seine Bemühungen, alle Buchläden zu erfassen und ihre Entwicklung nachzuvollziehen, geben bei allen vom Autor selbst benannten Schwierigkeiten einen detaillierten Einblick. Zeitweise gab es über 200 alternative Buchläden, von denen viele keine kollektiven bzw. genossenschaftlichen Strukturen aufwiesen. Er selbst erreichte immerhin noch 76 Sortimentsbuchläden für seine empirische Erhebung, die im Verlauf ihrer Geschichte zumindest zeitweise selbstverwaltet organisiert waren. Rechtlich überwiegt dabei die GmbH, in der die Mitarbeitenden als Gesellschafter*innen eingebunden sind.

Gründe des Scheiterns oder des Überlebens betrachtet Kaufmann differenzierter anhand von drei Fallbeispielen, einem vom Markt verschwundenen, einem privatisierten und einem weiterhin kollektiven Buchladen. Zahlreiche der alternativen Buchhandlungen haben bis heute »erkennbar« überlebt. Mehrere konnten den Krisen des Buches und des Handels besser widerstehen als herkömmliche Stadtteilbuchhandlungen. 30 Prozent der kollektiven Buchläden bestehen noch heute. Deutlich wird daran, dass ihre Instabilität - Oppenheimersches Transformationsgesetz (siehe hierzu auch Artikel auf Seite 10) - sogar etwas geringer ausfällt, als beim übrigen Sortimentsbuchhandel. Kollektive Strukturen sind, so die eindeutige Schlussfolgerung, nicht weniger überlebensfähig als hierarchisch organisierte.

Die Erklärungsversuche für dieses Phänomen sind allerdings wenig

überzeugend. Von Kaufmann wird dies wesentlich auf die subjektive »Sinnhaftigkeit der Fortführung der kollektiven Arbeitsweise« zurückgeführt. Dennoch: eine schöne Aufarbeitung der Geschichte und Gegenwart einer der wichtigsten Branchen der Selbstverwaltungsszene.

Florian Kaufmann: **Gemeinsames Aufbrechen. Kollektive Buchläden in der BRD, Neu-Ulm (AG SPAK-Bücher) 2020, 228 Seiten, 24 Euro.**

ANZEIGE

Genossenschaft gründen?

www.genossenschaftsgruendung.de

Telefon 040 - 23 51 97 90

 Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

GENOSSENSCHAFTEN

SCHWEINFURTER GARTENSTADT

Wohnen als Menschenrecht - gestern und heute



▲ Gartenstadt, Josef-Säckler-Str. 1-5, von der Strasse aus gesehen



▲ Gartenstadt, Josef-Säckler-Str. 3-5 von den Gärten aus gesehen

Fotos: Roland Keinholtz

Bau- und Wohnungsgenossenschaften sind auch bei jüngeren Menschen wieder ein Thema. In den letzten Jahren wird ein Aufschwung von Genossenschaftsgründungen in Deutschland festgestellt. Der Verband bayerischer Wohnungsunternehmen spricht von einer regelrechten »Gründungswelle«. Manche sprechen von einer Renaissance der Genossenschaftlichkeit oder gar von einem neu entflammten Wunsch nach Kollektivität. Die Idee der Genossenschaft ist brandaktuell - und uralt. Unsere Autorin blickt zurück auf ihre Familiengeschichte in der Schweinfurter Gartenstadt.

GISELA NOTZ, BERLIN

In den schnell wachsenden Industriestädten am Ende des 19. Jahrhunderts waren die Straßen meist eng bebaut mit mehrstöckigen, dunklen, feuchten und verwahrlosten Mietskasernen mit mehreren Hinterhöfen, winzigen Wohnungen ohne Bad und mit Toiletten auf dem Hof. Die Eigentümer machten sich die zunehmende Wohnungsnot zu Nutze und »pferchten« möglichst viele Menschen in ihren Häusern zusammen. Auch die Arbeiterquartiere in der Schweinfurter Innenstadt waren überfüllt, dunkel, ungesund. Mein Großvater war von einem kleinen fränkischen Winzendorf in die Industriestadt Schweinfurt gezogen, um in einem der drei metallverarbeitenden Großbetriebe als Fabrikarbeiter einen kärglichen Lohn zu verdienen. Seine Lehre als Büttner war in der Kugellagerfabrik, in der er über 50 Jahre verbrachte, nichts wert. Die Großeltern bekamen drei Kinder und sie erzählten oft von der engen, teuren Wohnung in der Innenstadt, in der sich die kleinen Kinder kaum bewegen durften.

Zu dieser Zeit gründeten sich in vielen Städten Wohnungsbaugenossenschaften, die sogenannte Gartenstädte bauten, um das Spekulantentum durch den Bau von bezahlbaren Wohnungen »für den kleinen Mann und seine Familie« zu unterlaufen. Unterstützt wurden sie oft von wohl-tätigen Bürger*innen. Architekten entwarfen Zukunftsstädte, meist am Stadtrand. Mit Ställen und Gärten sollten sich die Bewohner*innen selbst versorgen, die Finanzierung sollte genossenschaftlich erfolgen, ohne Spekulation und Mietwucher.

Eine solche Idee stand hinter der Gründung des Bauvereins Schwein-

furt und Umgebung e.GmbH am 31. Juli 1917, mitten im Ersten Weltkrieg. Auf Einladung des damaligen Bürgermeisters fand die konstituierende Sitzung statt, auf der die Gründung einstimmig beschlossen, der Aufsichtsrat gewählt wurde und dem Eintrag ins Genossenschaftsregister nichts mehr im Wege stand. Mein Großvater war dabei und musste wie jeder Genosse einen Geschäftsanteil für 200 Mark erwerben – das war viel Geld für einen Fabrikarbeiter, der einen Stundenlohn von 60 Pfennig verdiente.

Zunächst wurden 36 Einfamilien-Häuschen gebaut, die an Mitglieder verlost wurden. Zu den Glücklichen der ersten Stunde zählte mein Großvater. 1920, ein Jahr nach der blutigen Niederschlagung der Räterepublik – auch in Schweinfurt hatte sich am Abend des 8. Novembers 1918 ein Arbeiter- und Soldatenrat formiert – konnten die Häuser in der (damaligen) Legienstraße, Vollmarstraße und Karl-Marx-Straße bezogen werden. Die Familie bezahlte eine Miete von 29 RM im Monat. Im Haus war Platz für Wohnküche, Waschküche, Speisekammer; drei kleine Zimmer und eine Kammer, dazu Keller und Dachboden; insgesamt 90 qm Wohnraum.

Zum Wasserklosett (!) musste man über die Waschküche nach außen gehen. Für die damalige Zeit waren die Häuser gut ausgestattet. Ein Hausanbau diente der Kleintierhaltung, ein großer Gemüse- und Obstgarten der Selbstversorgung. Ohne diese Subsistenzwirtschaft hätte mein Großvater die Familie nicht ernähren können.

Eine solidarische Gemeinschaft

Die Gartenstadt war mehr als ein »Kind der Not«. Die Idee ging über die Versorgung mit preisgünstigem Wohnraum hinaus. Die Genossen kamen meist aus der Arbeiterbewegung, sie waren klassenbewusste Arbeiter. Sie gehörten der SPD oder wie mein Großvater der USPD an, waren im Metallarbeiterverband aktiv, auch Kommunisten und Anarcho-Syndikalisten kamen dazu. Viele waren Freidenker, trieben Sport bei den Freien Turnern, beim Radfahrerbund Solidarität, gingen wandern und schwimmen und feierten Lampionfeste im Garten. Die Bewohner*innen der Gartenstadt stellten eine solidarische Gemeinschaft dar, standen zusammen und halfen einander.

Die Wohngenossen fühlten sich dem Grundgedanken aller Genossenschaften verpflichtet: »Was der Einzelne nicht vermag, das vermögen viele«, den Prinzipien der solidarischen Selbsthilfe und der demokratischen Selbstverwaltung. Mein Großvater war zwischen 1925 und 1933 im Aufsichtsrat der Genossenschaft. Nun wurden mehrere Mehrfamilienhäuser gebaut und ein Ladengeschäft für den Konsumverein Schweinfurt e.G. Der Bauverein expandierte.

Gleichschaltung durch NSDAP

Mit der Machtergreifung der Nazi-Faschisten 1933 sollte auch die Genossenschaft gleichgeschaltet werden. Danach durften an ihrer Spitze nur »der nationalen Regierung nicht entgegenstehende« Personen tätig sein. Am 7. Juni 1933 wurde eine außerordentliche Generalversammlung einberufen. Die zum Rücktritt gezwungenen bisherigen Aufsichtsratsmitglieder – darunter auch mein Großvater – wurden, anders als die Nazis das wollten, wiedergewählt. Die von der NSDAP vorgeschlagenen Kandidaten unterlagen. Einen Monat später wurden alle gemeinnützigen Wohnungsunternehmen der Weisung des Reichsministeriums unterstellt. Daraufhin wurde für den 24. Oktober 1933 eine neue Versammlung anberaumt, bei der nur noch Kandidaten der NSDAP zur Wahl standen, so dass der Bauverein anschließend gleichgeschaltet war. Mein Großvater hat das den »gewendeten« Genossen nie verziehen. Sie hätten gehandelt nach der Maxime: »Dann hängt ich mein Mäntelchen nach dem Wind«. Das sollten seine Kinder und Enkel niemals tun.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Verwaltung zunächst kommissarisch geführt, bis die (meist) sozialdemokratischen Genossen wieder Vorstand und Aufsichtsrat übernahmen. Alle Straßen in der kleinen Siedlung wurden nach bekannten Schweinfurter SPD und USPD-Politikern umbenannt, nachdem die Nazi-Straßenschilder entfernt waren. Die Bezeichnungen von vor 1933 wurden nicht mehr rekonstruiert. Ab 1952 wurden Sohn und Schwiegersohn meines Großvaters in den Aufsichtsrat gewählt, nach 1968 waren sie Vorstände der Genossenschaft. Es sollte bis 1989 dauern, bis eine Frau in den

Aufsichtsrat gewählt wurde, und erst ab 2008 gab es die erste Frau im Vorstand.

Meine kleine Gartenstadtgeschichte

Ich bin mitten im Zweiten Weltkrieg geboren und nachdem das Haus, in dem meine Eltern wohnten, durch Bomben zerstört war, lebten wir mit drei Generationen in dem Siedlungshäuschen in der Gartenstadt. Mein Vater war wie viele Väter damals »im Krieg geblieben«. Ich bekam zwei Cousinen und einen Cousin. »Normalbesetzte« Familien gab es in der kleinen Siedlung nur wenige.

Der kleine Sohn der Flüchtlingsfamilie aus dem Nachbarhaus war meine erste Liebe. Ich besitze noch ein Foto, auf dem wir nebeneinander auf einem Fußbänkchen sitzen. Noch viele Tage rief ich nach ihm, als er ausgezogen war, aber er kam nicht herunter, so weinte ich in die Sofakissen. Ich wohnte in der Wohnküche und schlief auf dem Küchensofa, und alles, was ich als kleines Mädchen besaß, war in der Schublade des Küchentisches untergebracht. Ich spielte mit den Kindern im Garten und auf der Straße, ging mit meinem Einkaufskorbchen im Konsum einkaufen, mit der Milchkanne zur »Milchgretel« und kaufte Brot beim »Mai's Beck«.

Während der Diskussionen, die sonntags beim Frühschoppen in unserer Küche geführt wurden, lernte ich viel über Krieg und Faschismus, über die Rolle von Pfaffen und Klerikalen, über Fabrikbesitzer und Arbeitsmänner und über Männer, die sich die SA-Stiefel angezogen haben und es naher nicht gewesen sein wollten, über Nachbarn, die »abgeholt« worden waren, und über die, die nicht mehr wieder kamen.

Ein Jahr lang durfte ich 1948 in der Gartenstadt zur Schule gehen, dann kam ich in die Schillerschule, das bedeutete eine gute halbe Stunde Fußweg. Öffentliche Verkehrsmittel gab es nicht. Die Subsistenzarbeit half unserer Großfamilie über die Hungerjahre der Nachkriegszeit. Wir gaben den Hühnern die Küchenabfälle, und sie legten dafür Eier. Wir sammelten Ringelbüsche (Löwenzahn) für die Angorakaninchen und bürsteten sie, damit Oma die Wolle, fein säuberlich sortiert, an eine Wollfabrik schicken konnte. Dafür erhielt sie Wollknäuel

für unsere Strümpfe und Pullover. Wir hatten zusätzlich zwei kleine Gärten in der Nähe des Häuschens. Was nicht frisch gegessen wurde, wurde eingekocht. Nachbarinnen bekamen oft einen Teil der Ernte ab. Im Sommer pflückten wir stundenlang Beeren und Kinder, die uns besuchten, bekamen vollgefüllte Papiertüten mit nach Hause. Wer etwas hatte, teilte es mit den Anderen. Das ging alles geldfrei und tauschlos. Wie ich bei der Feier zu »35 Jahre Contraste« im Januar 2020 gelernt habe, ist das ein neuer Trend. Da war unsere Siedlung der Zeit weit voraus.

Abriss überdenken

»70 Häuser werden abgebrochen«, das war im Schweinfurter Tagblatt vom 15. März 2020 zu lesen. Darunter auch die 36 ersten Häuser von 1920. »Zeitgemäßes Wohnen« bieten diese Häuser der Gartenstadt, die 2017 ihr 100-jähriges Bestehen gefeiert hat, angeblich schon lange nicht mehr. Mit dem Versuch der Haussanierung des »Herzstücks des Bauvereins« sei man schon vor Jahren gescheitert. Befragten Denkmalsachverständigen ist nicht klar, warum »dünne Wände« etc. Hinderungsgrund zur energetischen und zeitgemäßen Sanierung sein sollen. Die Nutzung von historischer Bausubstanz ist in den allermeisten Fällen eine kostengünstige und nachhaltige Bauweise, die vor einem Abriss und Neubau dringend eingehend, möglichst von mehreren Gutachter*innen untersucht werden sollte. Gerade nach den aktuellen Debatten um die Klimakrise sollte der Abriss überdacht werden. Nach meiner Recherche sind die Häuser nicht in die Denkmalliste des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege eingetragen. Warum eigentlich nicht? Gerade Schweinfurt hat eine lange Arbeitergeschichte und diese Gebäude sind ein Zeichen der Bedeutung der Arbeitergenossenschaft, ein anderes gibt es in der Stadt nicht. In anderen Städten hat man die »Gartenstadt« erhalten und entsprechend denkmalschutzgerecht restauriert.

Gisela Notz, Historikerin und Sozialwissenschaftlerin, lebte und arbeitete die ersten 24 Jahre ihres Lebens in der Gartenstadt. Von ihr ist auch erschienen: Als ich noch in der Küchentischschublade wohnte, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, H. 41/1995, S. 63-76.



LÜBECK

Das Kollektiv als »schickSAAL«

Das Hostel-Café »schickSAAL« ist eines der spannendsten Kollektiv-Projekte im Norden. Es entstand aus dem landesweit ersten Projekt des Mietshäuser-Syndikats und der Flüchtlingshilfe. Nun hat die Corona-Krise es eiskalt erwischt.

FRIEDERIKE GRABITZ, LÜBECK

»Hier ist es schön, haben Sie noch ein Zimmer für uns?« Mutter und Tochter stehen im Foyer des schickSAAL-Hostels, das gleichzeitig das Café des Hauses ist. Es öffnet erst am Mittag für Gäste, aber das macht nichts: Kollektivistin Svantje-Kristina Schmidt führt sie nach oben, um ihnen die freien Zimmer zu zeigen.

Jedes Zimmer ist anders und in viel Handarbeit individuell gestaltet. Sie haben Namen wie »Rote Prinzessin« oder »Hambacher«, das mit Baumstämmen und Efeu-Tapete gestaltete Waldzimmer, in dem die Gäste sich selber aussuchen dürfen, wohin sie ihr Bett stellen. »Spieglein, Spieglein« ist als Doppelzimmer mit skandinavisch weißem Holz und einem Banksy-Kunstdruck eingerichtet. Für nur 18 Euro die Nacht kann man im mit Lehm verputzten Zehn-Bett-Zimmer »LiLo« durch ein Oberlicht direkt in den Sternenhimmel schauen. Hier können sich die Gäste begegnen – oder auch beim Kochen in der Gemeinschaftsküche.

Die günstigen Preise und die kreative Raumgestaltung sind nicht das Einzige, was dieses Hostel im Kneipenviertel der Altstadt besonders macht. Das »schickSAAL« wird als Kollektiv betrieben: Sieben KollektivistInnen sind hier gleichzeitig BarkeeperIn und KulturmanagerIn, HotelbetreiberIn und Zimmermädchen. »Auf dem freien Markt würde ich so einen Job niemals machen«, sagt Johanna Hotanen, die das Hostel mitbegründet hat. »Für mich ist nicht der Reiz, was ich mache, sondern wie ich es mache.«

Wenn sie ihre Schicht beginnt, entscheidet sie selbst, was getan werden muss und wie. Von der Warenbestellung bis zur Reinigung der Toiletten, von Buchungsanfragen bis zum Backen der veganen Kuchen rotieren die Aufgaben. An vier Abenden in der Woche gibt es eine Kneipe mit Kulturbühne, und das Kollektiv organisiert Veranstaltungen wie Vorträge, Kleidertausch-Partys und die monatliche »Küche für alle«. Alle, die hier arbeiten, machen grundsätzlich alles, aber sie müssen sich dafür nicht verbiegen. »Ich kann nicht mehr auf den Hochbetten herumkraxeln, und andere können nicht einkaufen, weil sie keinen Führerschein haben. Manche arbeiten nicht gerne nachts, andere mögen nicht



▲ Die Kollektivist*innen von SchickSAAL sind gleichzeitig Barkeeper und Kulturmanagerin, Hotelbetreiber und Zimmermädchen.

Foto: SchickSAAL

morgens um acht auf der Matte stehen«, sagt Johanna Hotanen.

Die gelernte WenDo-Trainerin und Systemische Beraterin arbeitet für 30 Wochenstunden im »schickSAAL« – mindestens. Dafür bekommt sie einen Bedarfslohn: JedeR sagt selbst, wie viel er oder sie zum Leben braucht, das Kollektiv stimmt dann darüber ab. Hotanen verdient 1.000 Euro im Monat. »Ob das Selbstausschüttung ist, würde hier jedeR anders beantworten« sagt sie. Für sie fühlt es sich nicht so an.

Denn neben der Freiheit, alles mitzugestalten, ist das Kollektiv selbst der wichtigste Mehrwert im Projekt. Sein wichtigstes Organ ist das wöchentliche Plenum, wo alle wichtigen Fragen im Konsens entschieden werden. Die Gruppe verändert sich mit jedeR, die dazustößt, und wächst gemeinsam. Dafür nehmen sie sich regelmäßige Zeit, machen das Hostel zu und fahren für ein Wochenende in ein Seminarhaus. »Man ist ja nicht nur zum Arbeiten da«, sagt sie. »Es geht auch darum, wer du bist und was du willst im Leben.«

Johanna Hotanen gehört zum harten Kern der Gruppe, die schon vor vielen Jahre die Idee

für ein Hostel als gemeinsames Arbeitsprojekt entwickelte. Mit ihrem Mann lebt sie in der »freien hütte«, das erste nach dem Prinzip des »Mietshäuser Syndikats« selbstverwaltete Wohnprojekt in Schleswig-Holstein. 2009 haben sie mit mehreren Familien und FreundInnen eine alte Villa in einem Lübecker Stadtteil gekauft und energetisch saniert. Das Geld dafür sammelte der Verein aus Direktkrediten ein, um unabhängig von Banken und Immobilien-Spekulation zu sein. Auch das »schickSAAL« ist im Syndikat organisiert. Hausbesitz und Hotelgewerbe sind wirtschaftlich getrennt, damit im Fall einer Insolvenz das Kollektiv nicht gefährdet wäre.

Der erste konkrete Schritt zum Hostel war die Flüchtlingskrise 2015. Damals engagierten sich die BewohnerInnen der »freien hütte« beim Aufbau eines Solizentrums für Geflüchtete. Unterkunft, Essen, Logistik organisieren – vieles, was sie damals gemacht haben, war nicht so weit weg von einem Hostel-Projekt, heißt es im Konzept des Kollektivs.

Zwei Jahre später fanden und kauften sie das ehemalige Bordell, das damals in einem

schlechten Zustand war. Sie renovierten das denkmalgeschützte Haus selbst und gestalteten zehn Zimmer, in denen seit der Eröffnung im Mai 2019 bis zu 44 Gäste übernachten können. Obwohl das »schickSAAL« schön, zentral gelegen und günstig ist, »könnte es besser laufen«, sagt Johanna Hotanen. Das liegt auch daran, dass das Kollektiv bewusst nicht mit Portalen wie booking.com zusammen arbeitet. »Die machen alles Andere auf dem Markt platt und arbeiten nach kapitalistischen Grundsätzen, die wir nicht teilen«, sagt sie. Sie vermarkten das Hostel über die städtische Tourismus-Gesellschaft, Mundpropaganda »und unsere linken Netzwerke«.

Weil das Zeit braucht und das »schickSAAL« ein sehr junges Projekt ist, traf der Corona-Shutdown und die Schließung von Hostel, Café und Kneipe es besonders hart. Das Kollektiv wirbt um Spenden, um die Krise zu überstehen – nach dem Motto: »Unser Schicksaal ist auch euer Schicksal!«

Link: <https://schicksaal.net>

Spendenkonto: Kollektiv7 GmbH, DE08430609672075592900

PRINZIPIEN FÜR KOLLEKTIVBETRIEBE

Was Kollektive anders machen

Damit aus einem Betrieb ein Kollektivbetrieb wird, muss er sich unserer Konzeption nach an drei Prinzipien orientieren: Er muss (a) basisdemokratisch organisiert und verwaltet werden, er muss sich (b) an der Idee des Gemeineigentums bzw. des Gemeinnutzens orientieren und er muss (c) Alternativen zur Marktwirtschaft entwickeln.

FAU HAMBURG

Leitprinzip unserer Vorstellung kollektiver Selbstbestimmung ist das Prinzip der Entscheidungsmacht gemäß Betroffenheit. Jede/r sollte die eigenen Angelegenheiten selbst entscheiden können, und zwar in dem Maße, wie er/sie selbst von den Konsequenzen der Entscheidung betroffen ist. Dieses Maß der eigenen Betroffenheit muss auch das Maß der Beteiligung an kollektiven Entscheidungsprozessen sein. Das damit beschriebene Ideal sollte in Kollektivbetrieben möglichst weitgehend umgesetzt werden. Die Gremien und Verfahren von Entscheidungsfindung und Delegation müssen basisdemokratisch und der Organisationsaufbau dezentral und föderal sein.

Lohnarbeit als Vermietung von Arbeitskraft auf Zeit ist das Pendant zum bürgerlichen Privateigentum an den Produktionsmitteln. Sie erlaubt die Enteignung des Arbeitsprodukts und ist gekennzeichnet durch fehlende Kontrolle der Arbeitenden über Zielstellung, Mittel

und Organisation der Arbeit. Sie widerspricht somit fundamental dem Prinzip der Selbstbestimmung und dem Ziel der Selbstverwaltung der Betriebe durch die Arbeitenden. Das Lohnarbeitsverhältnis ist mit dem Prinzip der Selbstverwaltung unvereinbar. Die besten basisdemokratischen Organisationsprinzipien nützen nicht viel, wenn ihre Einhaltung nicht kontrolliert oder durchgesetzt werden kann. In einem Kollektivbetrieb muss daher Transparenz aller betrieblichen Vorgänge für alle Mitglieder des Kollektivs bestehen und die innere Struktur und die Verfahren der Entscheidungsfindung müssen nachvollziehbar und rechtsverbindlich in einem Statut niedergelegt sein.

Gemeineigentum und Gemeinnutzen

Das Privateigentum ist das wichtigste Privileg der bürgerlichen Gesellschaft und Grundlage ihrer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Das private Eigentum an den Betrieben ermöglicht die Trennung der Arbeitenden von den Arbeitsmitteln und den Zielen der Produktion sowie die Enteignung des Arbeitsprodukts. Wir lehnen jede private Verfügung über Produktionsmittel ab, welche den Rahmen der persönlichen Nutzung überschreitet und fordern stattdessen die gemeinschaftliche Verwaltung von Produktion und Betrieben durch Konsument*innen,

Produzent*innen und Allgemeinheit, jeweils nach Maßgabe ihrer konkreten Betroffenheit.

Die Orientierung am Gemeineigentum ist unvereinbar mit jeder Form von Privatisierung von Überschüssen (Gewinnen). Zudem zieht sie die Orientierung am Gemeinnutzen nach sich. Kollektivbetriebe sollten Produkte herstellen, die nicht auf einen möglichst großen Markterfolg oder Profit, sondern auf gesellschaftliche Nützlichkeit abzielen, was auch immer darunter konkret zu verstehen ist.

Der Gedanke des Gemeineigentums reflektiert die grundsätzliche Verflochtenheit und wechselseitige Abhängigkeit aller Tätigkeiten und Güter in einem arbeitsteiligen gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang. Gemeineigentum darf nicht als eine Art »gemeinschaftliches Privateigentum« missverstanden werden. Ein Kollektiv sollte sich eher als »Verwalter«/»Betreiber« seiner Firma, denn als ihr »Eigentümer« verstehen. Dies wird relevant zum Beispiel bei Fragen der Gründung, der grundsätzlichen Ausrichtung oder der Auflösung eines Kollektivbetriebs. Solche Fragen können prinzipiell nicht vom Kollektiv alleine entschieden werden, sondern hier sind tendenziell alle (Betroffenen) gefragt. Kollektivbetriebe sollten dies bei der Konzipierung ihrer Entscheidungsverfahren und der Verankerung ihrer Betriebe im bürgerlichen Rechtsrahmen berücksichtigen.

Ein Kollektivbetrieb ist nicht einfach eine basisdemokratisch organisierte Firma, sondern er soll Teil einer neuen, über den Kapitalismus hinausweisenden ökonomischen Ordnung sein. Deshalb ist seine Einbindung in Zusammenhänge erforderlich, die dieses Ziel auch auf politischer Ebene verfolgen. Die Mitglieder eines Kollektivs sind nicht nur sich selbst verantwortlich, sondern auch der Community, welche den kulturell-politischen Rahmen ihres ökonomischen Projekts ausmacht. Dieser Community sollte auch formal eine Einflussnahme möglich sein für den Fall, dass sich ein Kollektiv von als grundlegend anzusehenden Regelungen seines Statuts (unter Umständen still und heimlich) verabschiedet.

Überwindung der Marktwirtschaft

Es muss eines der vordringlichsten Ziele eines Kollektivbetriebs sein, sich durch Entwicklung von Alternativen zum Markt sukzessive von der kapitalistischen Marktwirtschaft unabhängig zu machen. Das ist natürlich nur in Kooperation mit anderen Kollektivbetrieben (auch der gleichen Branche!) möglich und erfordert neben der Selbstorganisation der Menschen als Produzent*innen auch die Selbstorganisation als Konsument*innen.

Siehe dazu auch den Beitrag auf Seite 10.



KAPITALISMUS ÜBERWINDEN

Warum Kollektivbetriebe eine andere Ökonomie brauchen

Der von der Marktkonkurrenz ausgehende Effizienzdruck stellt permanent die demokratische Struktur von Kollektivbetrieben in Frage und legt stattdessen hierarchische Organisationsformen nahe. Können Kollektivbetriebe also nur scheitern oder sich zu einem kapitalistischen Betrieb transformieren? Die Lösung liegt in der Suche nach Alternativen zum Markt und dem Aufbau einer »guten Ökonomie«.

FAU HAMBURG

Die Idee, dem Kapitalismus eine eigene Ökonomie entgegenzusetzen und dadurch die Überwindung der Wirtschaftsordnung einzuleiten, ist nicht neu. Angefangen bei den frühsozialistischen Experimenten Owens und Fouriers über die sozialistische Genossenschaftsbewegung der 1890er bis 1930er Jahre bis zum »alternativen Sektor« der 1970er und 1980er Jahre gab es viele Versuche. Viele sind gescheitert, vielen wurde die Spitze genommen, viele haben sich in die kapitalistische Wirtschaftsordnung eingegliedert oder sind dem deutschen Faschismus zum Opfer gefallen. Viele hoffnungsvolle linke Projekte der 70er und 80er Jahre sind heute »kleine geile Firmen«, aber viele versuchen auch, ihren Ansprüchen treu zu bleiben, wenn auch mit reduzierten Erwartungen und deutlich verminderter Lautstärke.

Warum Kollektivbetriebe scheitern, hat zuerst Franz Oppenheimer untersucht. Das Ergebnis seiner empirischen Untersuchung zu Produktivgenossenschaften (1896) ist als »Oppenheimer'sches Transformationsgesetz« oder auch »Instabilitätsthese« bekannt. In vier Phasen beschreibt er den typischen Werdegang eines Kollektivbetriebs von einem Betrieb im Besitz der Belegschaft zu einem letztendlich kapitalistischen Unternehmen mit einer kleinen Zahl an Eigentümern. Nach Oppenheimers Ansicht können unter dem Druck der kapitalistischen Marktwirtschaft bestenfalls kleine, in Marktnischen angesiedelte Kollektivbetriebe für bestimmte Zeit überleben. Grundsätzlich bestehe jedoch nur die Alternative »Untergang« oder »Transformation« in ein kapitalistisches Unternehmen. Als Ursache sah Oppenheimer übrigens »mangelnde Disziplin« der Arbeiter*innen.

Oppenheimers Thesen wurden natürlich vielfach kritisiert. Doch der durch die Marktkonkurrenz hervorgerufene Druck zur Ökonomisierung der betrieblichen Abläufe und zur marktgerechten Gestaltung von Produkten und Dienstleistungen wird auch in anderen Untersuchungen als eine der wichtigsten Ursachen für die oft beobachtete allmähliche Transformation von Kollektivbetrieben zu kapitalistischen Firmen angesehen.

Auch die bisherigen Erfahrungen von Kollektivbetrieben sprechen dafür, dass das Aufrechterhalten einer basisdemokratisch-egalitären Binnenstruktur im Rahmen der kapitalistischen Marktwirtschaft für einen Betrieb generell nur für eine begrenzte Zeit oder nur in speziellen ökonomischen Nischen möglich ist. Wenn Kollektivbetriebe also kein Nischenphänomen bleiben wollen, sind sie unserer Meinung nach gezwungen, nach Alternativen zum Markt zu suchen.

Die Frage nach »Alternativen zum Markt« ist natürlich letztlich die Frage nach einer Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft. Wie könnte eine Ökonomie aussehen, in welcher sich Kollektivbetriebe nicht in feindlicher Umgebung befinden, sondern im Gegenteil aufgrund ihrer inneren Verfasstheit einen strukturellen Vorteil genießen? Wir sind der Meinung, dass es wenig



▲ Auch beim Kongress »Solidarische Ökonomie und Transformation« (2015) an der Technischen Universität Berlin haben sich Kollektivbetriebe aktiv an der Suche nach Alternativen zum Kapitalismus beteiligt. Foto: Linda Dreisen (CC)

Sinn hat, eine »Postkapitalistische Ökonomie« oder ähnliches am grünen Tisch zu entwerfen. Alle Erfahrung zeigt, dass Geschichte nicht planbar ist. Unsere Phantasie bleibt in der Regel weit hinter den tatsächlichen Möglichkeiten zurück, welche der historische Prozess hervorbringt. Wie eine »Postkapitalistische Ökonomie« konkret und im Detail aussieht, wird sich historisch zeigen (oder auch nicht). Es ist jedoch möglich (und auch erforderlich), im Sinne einer Orientierungsgrundlage die allgemeinsten Grundprinzipien einer Ökonomie heraus zu arbeiten, die für Kollektivbetriebe eine angemessene Umgebung darstellen würde. Erst auf einer solchen Grundlage lassen sich Alternativen bewerten und konkrete Projekte konzipieren.

Gemeinschaftliches Eigentum

Alle Produktionsmittel, die von mehr als einer Person genutzt werden, müssen sich im gemeinschaftlichen Besitz der Produzierenden befinden. Im Sinne des Prinzips der Entscheidungsmacht nach Betroffenheit bedeutet das jedoch nicht, dass alle Produzierenden gleichermaßen über alle Produktionsmittel verfügen, sondern dass sie den Kollektiven »gehören«, die damit arbeiten, und zwar nach Maßgabe ihrer Beteiligung an deren Nutzung. Aus dem Grundsatz der Entscheidungsmacht nach Betroffenheit leitet sich jedoch auch ein (entsprechend beschränktes) Mitbestimmungsrecht von Konsument*innen und der Allgemeinheit bei der Verwendung der Produktionsmittel ab.

Bedarfsorientierung und Selbstversorgung

Ziel ökonomischer Aktivitäten in einer »Guten Ökonomie« kann nicht das Erzielen von Profit, Erhöhung der Kapitalrendite oder ähnliches sein, sondern unmittelbar die Deckung des Bedarfs der Konsument*innen an Gütern und Dienstleistungen, und zwar auf möglichst »effiziente« Weise, das heißt unter Einsatz von möglichst wenig Ressourcen und Arbeitszeit. Eine »Gute Ökonomie« ist eine Subsistenzökonomie auf hohem technischen und arbeitsteiligen Niveau. Es muss kein Bedarf erzeugt werden, der nicht von den Konsument*innen geäußert wurde. Die Herstellung möglichst hochwertiger und langlebiger Güter ist sinnvoll, und es muss nur soviel gearbeitet werden, wie zum Erreichen der selbst gesteckten Produktionsziele erforderlich ist.

Basisdemokratisch-dezentrale Planwirtschaft

Alle Entscheidungen über Ziele und Mittel der Produktion müssen dezentral und basisde-

mokratisch von den Betroffenen selbst getroffen werden. Betroffen sind die Menschen als Produzent*innen, als Konsument*innen und als Allgemeinheit, jedoch von jeweils unterschiedlichen Aspekten der Produktion. Hieraus ergibt sich die Vorstellung einer dezentral-basisdemokratischen Planwirtschaft, in der die Menschen, jeweils in den Rollen von Produzent*innen, Konsument*innen und Allgemeinheit, Menge und Qualität der benötigten Produkte und Dienstleistungen sowie die sich daraus für jede*n ergebende durchschnittliche Arbeitszeit verhandeln und vereinbaren.

Entkoppelung von Arbeiten und Essen

Eine »Gute Ökonomie« ist die Ökonomie einer solidarischen Gesellschaft, in der die individuelle Verfügung über Güter und Dienstleistungen nicht von einer entsprechenden Beteiligung an der notwendigen Arbeit abhängt. Der Grundsatz: »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen« wird ersetzt durch den Grundsatz: »Jede*r nach seinen Fähigkeiten, jeder*jedem nach seinen Bedürfnissen«. Die Beteiligung an der notwendigen Arbeit wird nach den jeweiligen individuellen Möglichkeiten (Fähigkeiten, aber auch Vorlieben), die Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum nach dem jeweiligen individuellen Bedarf erfolgen. Bei der Ermittlung dieses Bedarfs muss die individuelle Selbstentfaltung (die subjektiven Bedürfnisse) maßgeblich sein, soweit dies nicht die Selbstentfaltung anderer einschränkt.

Transparenz und freier Wissensfluss

Die Nachvollziehbarkeit aller wesentlichen ökonomischen Abläufe und Entscheidungen ist eine Grundvoraussetzung basisdemokratischer Souveränität und der freie Zugang zu Wissen ist eine Voraussetzung für Produktivität und Effizienz. Dies bezieht sich nicht nur auf die Betriebe, sondern auch auf die Abläufe in allen Organen, Instanzen und Ebenen der Wirtschaftsplanung. Für »Betriebsgeheimnisse«, »nicht-öffentliche Sitzungen«, geheime Verhandlungen, Absprachen oder Verträge o.ä. ist in einer »Guten Ökonomie« kein Platz.

Gleichwertigkeit aller Arbeit

Der Wert einer Arbeitsleistung (Produkt oder Dienstleistung) bestimmt sich unserer Auffassung nach durch die Mühe, die es macht, sie zu erbringen (subjektiver Arbeitswert). Die Teilung der Arbeit sollte so organisiert sein, dass jeder »Job« sowohl angenehme (koordinierende, kreative und qualifizierte), als auch unangenehme (belastende, unter Umständen gefährliche,

monotone, unqualifizierte) Arbeit umfasst. Hierdurch egalisiert sich nicht nur die Macht, welche der/dem Arbeitenden durch die Arbeit zufällt, sondern auch der durchschnittliche Wert der geleisteten Arbeit, so dass es gerecht erscheint, nur noch die Dauer der geleisteten Arbeit als Maß für deren Wert anzunehmen. Die Summe der zur Herstellung eines Produkts erforderlichen Arbeitszeit, das heißt der Aufwand, den eine Ökonomie treiben muss, wird somit zum Maß für seinen Wert als Grundlage für Produktionsplanung und Austausch.

Effizienz, Technologie und Nachhaltigkeit

Unsere Vision einer »Guten Ökonomie« ist nicht die Rückkehr zur neolithischen Dorfgemeinschaft. Das Ziel einer möglichst hohen Lebensqualität bei möglichst geringem Einsatz an Arbeitszeit im Rahmen einer ökologisch nachhaltigen Produktion erfordert eine effiziente Ökonomie. Die Entwicklung und der Einsatz von Technologie ist sinnvoll und richtig, wenn dadurch ein höheres Maß an Lebensqualität möglich wird, ohne dass zugleich ökologischen, sozialen oder ethischen Zielsetzungen widersprochen wird. Ähnliches gilt auch für Art und Grad der Arbeitsteilung.

Ein erster Schritt

Ein erster Schritt zu einer neuen Ökonomie könnte ein Zusammenschluss von Kollektivbetrieben zu einer Wirtschaftsföderation sein, welche sich die Selbstversorgung der Betriebe und auch der Kollektivistas als Personen mit den benötigten Gütern und Dienstleistungen auf kooperativer Basis zum Ziel setzt. Eine solche Wirtschaftsföderation sollte bezüglich der internen Wirtschaftsbeziehungen die Grundzüge einer »Guten Ökonomie«, zumindest im Kern, bereits vorwegnehmen. Das gemeinsame Eigentum an den Firmen ist dabei nicht nur eine grundsätzliche Forderung, sondern auch eine Konsequenz der gewünschten demokratisch-planwirtschaftlichen Entscheidungsstrukturen, die in grundlegendem Widerspruch zu Betrieben in Privateigentum stehen würde.

Das Motiv für einen solchen Zusammenschluss wäre kein ökonomisches, sondern ein politisches. Ein ökonomischer Vorteil im Sinne eines »Wettbewerbsvorteils« oder ähnlichem entsteht nicht, aber es entsteht eine neue Ökonomie, die bessere »Lebensbedingungen« schafft für Kollektivbetriebe und die Menschen, die in ihnen arbeiten. Es entstehen neue ökonomische Ziele, die zu erreichen Kollektivbetriebe besser geeignet sind, als kapitalistische Unternehmen.

ANZEIGEN

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung
 Vierteljahrszeitschrift 31. Jahrgang, Nr. 122, Juni 2020, 248 Seiten

Engels – Geschichte, Natur, Gesellschaft
 Schunter-Kleemann – „Dass ich ein Sünder bin ...“ / Callesen / Fülberth – Internationaler Arbeiterkongress 1889 / Kuczynski – Wert ohne Warenproduktion? / Hörz – Ökologischer Grundwiderspruch / Sayers – Dialektik der Natur / Kangal – Engels' Dialektik / Klundt – Dühring reloadet? / Bagchi – Engels und die Frauen in Indien / Leisewitz / Schwarz – Geschlechterverhältnisse und Engels' „Ursprung“ (T. II)

Coronakrise: Aus der Z-Redaktion – Der „Große Lockdown“ und linke Politik

Soziale Bewegungen: Müller/Kilroy – Streikmonitor: Arbeitskonflikte 2019 / Sadowski – Eine wie Keine: Tarifrunde Metall-Elektro 2020

Und: Séve – Der „Kommunismus“ ist tot – es lebe der Kommunismus / Quess – Dienstleistungen in der Arbeitswerttheorie / Meyer – Sozialstruktur der russischen Fabrikarbeiter

Sowie: Kommentare, Diskussion – Kritik – Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte; Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- €. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406
www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de e-mail: redaktion@zme-net.de



HANDWERKSKOLLEKTIV »HACKE UND HOBEL«

Auf die Gesellschaft wirken

Es ist Mittwochmorgen, acht Uhr in einer kleinen Küche im Wohnprojekt Wukania. Rund um den Küchentisch, auf dem diverse Frühstückstentensilien liegen, sitzen Stephan, Felix, Beate, Dirk und Paul. Mohamed, Auszubildender für Garten- und Landschaftsbau beim Handwerkskollektiv Hacke & Hobel, ist heute nicht dabei, er hat eine Woche frei und beteiligt sich an der Holzwoche des Projektes, in dem auch er wohnt. Alle zwei Wochen treffen sie sich hier, um Aufträge zu besprechen und die Arbeit im Betrieb zu organisieren. Das Besondere an Hacke & Hobel: Sie wollen nicht nur einfach ein Handwerkskollektiv sein, sondern darüber hinaus in die Gesellschaft wirken.

ULRIKE KUMPE, REDAKTION BERLIN

Es ist Bestandteil ihrer täglichen Arbeit, zu gesellschaftlichen Veränderungen beizutragen. In allen Bereichen, die sie anbieten, im Garten- und Landschaftsbau, im Tischlerei-Handwerk, im Gewerk Elektroinstallationen, im Bereich der Abwassertechnik sowie bei ihrer Preisgestaltung findet sich dieser Anspruch wieder. »Wir beraten alle unsere Kund*innen immer hin zum naturnahen Bauen und bieten für unterstützenswerte Projekte einen Solipreis an, damit sie sich ökologische Umbauten auch leisten können«, erklärt Felix, ein Gründer des Kollektivs.

Auch der ökologische Gedanke spielt für das Kollektiv eine große Rolle und reicht deutlich über die Wahl der Baustoffe oder den E-Radlader – der ganze Stolz des Kollektivs – hinaus. Ein Projekt, das Felix besonders hervorhebt, ist eine Jute-Fassadendämmung, bei der sie Kakaobohnensäcke für das Projekt »Wurzeln und Wirken« recycelt haben, »die Dämmung ist außerdem vollständig kompostierbar«.

Bei ihrer Planung berücksichtigen sie darüber hinaus, dass nicht unnötig oft mit dem Auto gefahren werden muss. Die bevorzugten Verkehrsmittel des Kollektivs sind der öffentliche Nahverkehr und das Fahrrad. »Das ist für andere Unternehmen auf den Baustellen durchaus befremdlich, wenn wir sagen, dass wir pünktlich Feierabend machen müssen, um noch die Bahn zu kriegen«, sagt Felix.

Kein Tropenholz

Ihre aktuelle Baustelle ist gut an den öffentlichen Nahverkehr angebunden. Sie liegt im Berliner Westend. Ein Kindergartenneubau mit Dachterrasse benötigt Sitzgelegenheiten und eine Bepflanzung. Sie tischlern Hochbeete und Bänke. Das hier verwendete Holz ist Lärche. Tropenholz verbaut das Kollektiv grundsätzlich nicht. Außerdem berücksichtigen sie eine sogenannte FSC-Zertifizierung, die zwar nicht gänzlich unumstritten



▲ Felix und Mohamed befördern die Eimer mit Erde zum Flaschenzug auf der Baustelle am Westend.

Foto: Ulrike Kumpe

ist, aber das einzig anerkannte Zertifikat für eine nachhaltige und ökologische Waldwirtschaft.

Auch wenn Hacke & Hobel auf ihrer Webseite schreiben, dass sie ein Berliner Kollektivbetrieb sind und sich entsprechend auch im Netzwerk der Berliner Kollektivbetriebe engagieren, hat alles in Wukania begonnen. Beate lacht bei der Erinnerung, »ich war damals noch die Auftraggeberin und Felix war Solo-Selbstständiger«. »Darauf hatte ich einfach keinen Bock mehr«, erzählt er. Auf der letzten Fahrt von der Baustelle entstand dann die Idee, ein Kollektiv zu gründen. Den Namen gab es schon, den hat Felix in das Kollektiv eingebracht. Olli arbeitete auch mit auf dieser ersten Baustelle und war somit Teil des Gründungskollektivs. Stephan ist nach einer Auftragsvermittlung dazu gekommen. Er arbeitete vorher beim Kollektiv »KanTe«, die in den Bereichen Umweltbildung, Kompostierung und Bauplanung aktiv sind (siehe auch CONTRASTE Nr. 420, September 2019). Paul hat seine damalige Stelle gekündigt, um im Kollektiv anfangen zu können. Zuletzt kam Dirk dazu, er hatte zunächst bei mehreren Baustellen mitgeholfen und entschied sich dann, fest im Kollektiv mit zu arbeiten.

Die entspannte, aber produktive Stimmung beim zweiwöchentlichen Plenum des Kollektivs setzt sich auch auf der Baustelle fort. In die Gesellschaft wirken zu wollen, muss also nicht

unbedingt unnötig viel Stress bedeuten, ein Hauch von gutem Leben zeigt sich hier auf der kleinen Baustelle am Berliner Westend.

Es wird beständig gearbeitet, fertige Hochbeete werden mit Erde befüllt, die zunächst mit einem Flaschenzug in den zweiten Stock transportiert werden muss. Die Kleinteiligkeit des Auftrags erfordert vor allem Handarbeit. Während ein Helfer des Kollektivs Bänke und Hochbeete zusammenschraubt, trägt Mohamed Eimer um Eimer zu den Beeten. Beate schraubt die Sitzflächen der Bänke zusammen. Von Stress oder Panik, dass irgendetwas nicht klappen oder fertig werden könnte, keine Spur. Dabei haben die Kollektivist*innen von Hacke & Hobel einen minimalen und sympathischen Hang zum Größenwahn. Geht nicht, gibts nicht! Aufträge, für die das Kollektiv eigentlich zu klein ist, oder bei dem sie selbst noch nicht die Fachexpertise mitbringen, wird mit anderen Kollektiven oder Expert*innen kooperiert. Der Wille zu gleichberechtigten Kooperationen endet nicht an der Grenze des Kollektivs. Den Vorteil, den sie daraus ziehen, sie können sich immer breiter aufstellen und immer komplexere Projekte selbst umsetzen.

Ausbildung ermöglichen

Ein ebenfalls komplexes aber ganz anders gelagertes Projekt, ist die Ausbildung von

Mohamed zum Garten- und Landschaftsbauer. Das, wenn es nach dem Willen des Kollektivs geht, möglichst viele Nachahmer*innen finden soll. Mohamed kam als Geflüchteter nach Deutschland und kämpft sich aktuell durch sein erstes Ausbildungsjahr. Das Kollektiv unterstützt und ermutigt ihn dabei. Denn das Besondere ist, dass Mohamed faktisch nie eine Schule im hiesigen Sinne besucht hat. Der gebürtige Somalier hat gerade einmal zwei Jahre eine Koranschule besucht. Jetzt muss er im deutschen Ausbildungssystem ganz von vorne anfangen, denn die Berufsschule muss auch er besuchen und die Prüfungen in allen Fächern bestehen.

Doch nicht nur für ihn selbst, sondern auch für die sechs Kollektivist*innen ist es eine Herausforderung. Jeweils zwei aus dem Kollektiv betreuen ihn schulisch, zwei bei der Arbeit. Alle zwei Monate wechseln sie sich ab. Es sei ein beachtlicher Mehraufwand, den das Kollektiv durch die Ausbildung hat. Dennoch ist Beate sich sicher, dass es der richtige Weg ist und möchte andere Kollektive motivieren, selbst auszubilden. Sie ist sich sicher, »wenn Kollektive gesellschaftlich wirken wollen, können sie damit einen Beitrag leisten«. Mohamed jedenfalls will nach seiner Ausbildung weiter im Kollektiv arbeiten, »einfach, weil ich keine Chefs mag«.

EINKOMMENS-GEMEINSCHAFT IM KOLLEKTIV

Alles in einen Topf

Gerade an den Themen »Verteilung« und »Bezahlung« kristallisieren sich in vielen Kollektiven die Widersprüche zwischen emanzipatorischen Visionen und der kapitalistischen Realität. Über die Jahrzehnte haben linke Kollektive verschiedene Modelle erarbeitet, die die Ungerechtigkeiten des Wirtschaftssystems weniger reproduzieren, Hierarchien abbauen und Bedürfnisse berücksichtigen sollen, beispielsweise ein kollektiver Einheitslohn oder die Verteilung der Einnahmen nach dem Bedürfnis-Prinzip. Ein Kollektiv aus Nordhessen, das einen Mitgliederladen betreibt, hat sich für eine Einkommensgemeinschaft entschieden.

NICHT NUR EIN TRAUM, KASSEL

Ausgangspunkt der Überlegungen war (als der Laden endlich eine finanziell tragbare Basis hatte), dass zum einen die monatlichen Schwankungen in den Einnahmen es schwierig machten, einen festen Stundenlohn zu bezahlen. Zum Anderen stellt die Kopplung von Lohn und Leistung, gemessen in Arbeitszeit, ein kapitalistisches Prinzip dar, mit dem sich die Kollektivist*innen nicht anfreunden konnten. Da alle Menschen aus dem Kollektiv in politischen Kommunen leben, war auch die Verteilung nach

dem Bedürfnisprinzip nicht so leicht, schließlich wirtschaften die Kommunard*innen nicht individuell. So war auch die Frage nach den individuellen Bedürfnissen nicht einfach zu beantworten.

Letztlich stieß auch die Idee, einfach alle Einnahmen zu gleichen Teilen an die Kollektivist*innen auszusütten, auf empfundene Gerechtigkeitslücken. Zwei der vier Menschen beziehen nämlich noch weitere Einkünfte aus Nebentätigkeiten. Steckten sie mehr Zeit in diese Nebentätigkeiten, hätten sie mehr Einkommen zur Verfügung, obwohl sie weniger für den Laden tätig waren. Dafür hätten die anderen Kollektivist*innen mehr Zeit aufbringen müssen – für das gleiche Einkommen.

Mehr Entspannung

Seit Anfang 2020 werfen alle Kollektivist*innen ihre Einnahmen in einen Topf, egal aus welcher Quelle sie stammen und mit Hilfe einer Tabellenkalkulation, die alle Geld-Flüsse berücksichtigt, bekommt letztlich jede*r der vier Menschen ein Viertel des Gesamteinkommens. Diese Praxis löst für das kleine Kollektiv einige Problemstellungen und führt zu einem entspannten Umgang mit dem Thema Bezahlung und miteinander. Die

Kollektivist*innen können das Modell grundsätzlich als einen Weg empfehlen, mit dem Komplex »Verteilung und Bezahlung« umzugehen. Nicht zuletzt motivierte das Kollektiv aber auch die Freude am Experiment und das Spinnen von Utopien. Bisher verzichtet das Kollektiv darauf, die gesamte Arbeitszeit der Menschen zu erfassen. Sie vertrauen darauf, dass sich jede*r im Rahmen seiner oder ihrer* momentanen Möglichkeiten einbringt.

Gesetzgebung und Finanzämter sind auf solche Modelle des Wirtschaftens leider nicht ausgerichtet. Sie sind schlicht nicht vorgesehen, daher bleibt der Name des Kollektivs an dieser Stelle ungenannt, um mögliche kritische Prüfungen und damit verbundene Nachteile zu vermeiden.

Idee des Mitgliederladens

Es waren auch Überlegungen zu Gerechtigkeit, Utopie und Antikapitalismus, die das Kollektiv bewegten, einen Mitgliederladen zu gründen und nicht einfach einen normalen Bioladen. Im Mitgliederladen herrscht eine gegenseitige Solidarität zwischen Betreiber*innen und Kund*innen. Die Kund*innen ermöglichen durch ihren

monatlichen Beitrag die Existenz des Ladens und dessen Betreiber*innen und diese geben dafür die Waren ohne Gewinnmarge an die Kundenschaft weiter und stellen somit die Versorgung mit guten und günstigen Lebensmitteln sicher.

Andere Kollektive, die Interesse am Modell der Einkommensgemeinschaft haben, können sich gern an die CONTRASTE-Redaktion wenden: koordination@contraste.org

ANZEIGE





Nicht konkurrieren, sondern kooperieren

Das IT Kollektiv Hamburg (make Utopia GmbH) besteht zur Zeit aus vier Software-Entwicklern, die sich zusammengeschlossen haben, um gleichberechtigt und gemeinsam ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Gemeinsam mit anderen Hamburger Kollektiven haben sie das Projekt kollektivliste.org gestartet, um die Sichtbarkeit und Reichweite von Kollektivbetrieben in ganz Deutschland zu erhöhen.

MAKE UTOPIA, HAMBURG

In der jetzigen Formation sind wir seit September 2018 zusammen und seit Februar 2019 sind alle auch gleichberechtigte Teilhaber der Firma make Utopia GmbH. Mit unseren Leistungen und Produkten wenden wir uns vorzugsweise an andere Kollektivbetriebe sowie gemeinnützige oder Non-Profit-Organisationen und Unternehmen kleiner und mittlerer Größe, mit denen wir langfristige und partnerschaftliche Kooperationsbeziehungen anstreben.

Wir verstehen uns als »IT-Abteilung« von Firmen und Organisationen, die sich keine eigene IT leisten können oder wollen und als Ansprechpartner für zuerst einmal alle IT-Probleme unserer Partner. Wir suchen zuverlässige und kostengünstige Lösungen, möglichst unter Verwendung freier und quelloffener Software. Fehlende Komponenten oder Schnittstellen erstellen wir nach Bedarf selbst.

Aus unseren Überzeugungen und dem partnerschaftlichen Grundverhältnis, das wir mit unseren Kunden anstreben, ergeben sich die folgenden Grundsätze, an denen wir uns bei der Gestaltung unserer Produkte und Leistungen orientieren:

- Der Einsatz freier und quelloffener Software soll, wo immer möglich, Vorrang vor der Verwendung kommerzieller und proprietärer Produkte haben.
- Wir wollen für unsere Arbeit bezahlt werden, aber keine Profite erwirtschaften. Unsere Preisgestaltung versuchen wir möglichst transparent zu halten. Es soll kosten, was es eben kostet, nicht weniger, aber auch nicht mehr.
- Wir legen Wert auf die Sicherheit und die Vertraulichkeit der Daten unserer Kunden.
- Wir suchen nach effizienten Lösungen. Effiziente Lösungen sparen nicht nur Zeit, sondern auch Energie (Strom) und sind somit ein Beitrag zu einer ökologisch nachhaltigen Ökonomie.
- Wir wollen unser Wissen weitergeben. Wir versuchen, die von uns eingesetzte oder entwickelte Technologie transparent und verständlich zu machen. Auf Wunsch bieten wir Schulungen an zum Umgang mit Software



▲ Beim Hamburger IT-Kollektiv hat der Einsatz freier und quelloffener Software Vorrang vor der Verwendung kommerzieller Produkte. Foto: Make Utopia

und Computern, damit unsere Kunden selbst entscheiden können, was sie ggf. selber machen wollen.

Wir sind vernetzt mit dem bundesweiten IT-Kollektiv und streben Kooperationsbeziehungen zu allen IT-Kollektiven an, die nach ähnlichen Grundsätzen arbeiten wie wir selbst.

Projekt: »kollektivliste.org«

Die Kollektivliste ist ein Projekt des »Kollektivfreitag«, einer Gruppe von Kollektivistas aus Hamburg und Umgebung, die sich regelmäßig trifft (siehe Infokasten). Die auf der Kollektivliste vertretenen Kollektivbetriebe sind der Konzeption nach demokratisch selbstverwaltete Firmen im Besitz der Belegschaften, die keine Überschüsse erwirtschaften, sondern auf die Bereitstellung von gesellschaftlich nützlichen Produkten und Dienstleistungen ausgerichtet sind. Ihr Verhältnis zueinander wird nicht durch Wettbewerb bestimmt, sondern ist durch gegenseitige Hilfe und Kooperation gekennzeichnet. Durch diese an sich begrüßenswerte Ausrichtung sind Kollektivbetriebe allerdings im marktwirtschaftlichen Umfeld strukturell benachteiligt. Die Liste soll dieser Benachteiligung entgegenwirken, indem sie die Sichtbarkeit und Reichweite von

Kollektivbetrieben erhöht und verbessert. Damit erleichtert sie natürlich zugleich den Einkauf von Konsument*innen, denen nicht gleichgültig ist, unter welchen Arbeitsbedingungen die Güter hergestellt werden, die sie verbrauchen.

Nutzen- statt profitorientiert

Die in der Liste vertretenen Firmen müssen zwei wesentliche Bedingungen erfüllen, um als Kollektivbetrieb im Sinne der Liste zu gelten.

Der erste wichtige Punkt ist, dass in ihnen Entscheidungen demokratisch getroffen werden, das heißt, dass alle Kollektivmitglieder an allen wichtigen betrieblichen Entscheidungen gleichberechtigt beteiligt sind. Und das ist normalerweise nur dann tatsächlich möglich, wenn der Betrieb auch allen gemeinsam und zu gleichen Teilen gehört.

Der zweite wichtige Punkt ist der Zweck des Unternehmens. Ein Kollektivbetrieb sollte nicht ausschließlich oder in erster Linie das wirtschaftliche Wohl der Kollektivmitglieder verfolgen. Sein primäres Ziel ist die Bereitstellung gesellschaftlich nützlicher Produkte und Dienstleistungen, das heißt, er ist nicht profitorientiert, sondern nutzenorientiert und verfolgt damit eine ökonomische Perspektive über den Kapitalismus hinaus (siehe auch den Beitrag auf Seite 11).

Die wirtschaftliche Existenzsicherung seiner Mitglieder ist dafür allerdings eine wichtige Voraussetzung.

Neben diesen Kernpunkten erwarten wir einen kooperativen Umgang der Betriebe untereinander, auch wenn sie in derselben Branche tätig und somit gemäß marktwirtschaftlichem Maßstab »Wettbewerberinnen« sind.

Kooperative Ausrichtung behalten

Natürlich ist uns klar, dass auch Kollektivbetriebe im kapitalistischen Umfeld erst einmal wirtschaftlich überleben müssen. Darum lassen sich die beschriebenen Anforderungen oft nicht so einfach realisieren. Es ist aber wichtig, die grundlegende Ausrichtung unter dem Druck des Alltags nicht aus den Augen zu verlieren, sondern im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten weiter an ihrer Umsetzung zu arbeiten.

Und am Erfolg dieser Bemühungen muss sich ein Kollektivbetrieb letztlich auch messen lassen. Wir erwarten, dass die auf der Liste vertretenen Betriebe ernsthaft an der Umsetzung der beschriebenen Prinzipien arbeiten und nehmen einen Betrieb auch wieder von der Liste, wenn sich herausstellt, dass dies nicht der Fall ist.

Die Liste soll in Zukunft sowohl technisch als auch organisatorisch weiter entwickelt werden. Die Suchmöglichkeiten sollen erweitert und verfeinert und durch eine Kartenansicht ergänzt werden. Die Betriebe sollen zudem die Möglichkeit erhalten, Veranstaltungen anzukündigen. Mittelfristig planen wir die Entwicklung eines Meta-Shops, in dem auch Betriebe ihre Produkte und Dienstleistungen anbieten können, die bisher keinen eigenen Online-Shop betreiben.

Das IT Kollektiv Hamburg hat die Kollektivliste initiiert, »pro bono« (für den Kollektivfreitag) implementiert und bis heute gepflegt. Tatsächlich werden alle operativen Entscheidungen derzeit vom IT-Kollektiv Hamburg und die wesentlichen inhaltlichen Entscheidungen vom Kollektivfreitag getroffen. Eigentlich ist aber die Selbstverwaltung der Liste durch die darauf vertretenen Kollektive gewünscht. Schwerpunkt der zukünftigen organisatorischen Arbeit an der Liste ist somit die Entwicklung der für diese Selbstverwaltung erforderlichen Verfahren und Werkzeuge.

Links:

makeUtopia.de
it-kollektiv.com
kollektivliste.org

Jeden ersten Freitag im Monat treffen sich Kollektivist*innen aus Hamburg und Umgebung ab 19 Uhr im Libertären Zentrum »Schwarze Katze«, Fettstr. 23, 20357 Hamburg.

KOLLEKTIVVERNETZUNG IN KASSEL

»Wir wollen sichtbarer werden«

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso

Solidarischer Handel mit ausländischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG

Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg
 Telefon: 040-20906892 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

Aktuell wissen wir von rund 20 Betrieben in und um Kassel, die kollektiv arbeiten. Die Betriebe sind in diversen Arbeitsfeldern tätig, zum Beispiel im Einzelhandel, in der Gastronomie, in der Pflege und in der Beratung. Sie sind unterschiedlich groß, haben verschiedene Rechtsformen und organisieren sich entsprechend unterschiedlich. Was sie eint, ist der Anspruch an gleichberechtigte Entscheidungsstrukturen, an gemeinsame Besitzverhältnisse und den Versuch, gesellschaftliche Alternativen zu leben.

KASSELER KOLLEKTIVE

Mit der Vernetzung unserer Betriebe möchten wir vor allem sichtbarer werden. So haben wir im letzten Jahr unter anderem einen Kollektiv-Spaziergang organisiert, bei dem Interessierte aus Kassel einzelne Betriebe besuchten und mehr über ihre Tätigkeiten erfahren konnte. Wir möchten so einen Beitrag dazu leisten, dass kollektive Organisation als gesellschaftliche Alternative wahrgenommen und denkbar wird. Und vielleicht kann unsere Sichtbarkeit auch dazu beitragen, dass sich immer mehr Kollektive gründen. Zudem möchten wir uns gegenseitig stärken, indem wir uns austauschen und unterstützen und damit

der Individualisierung und Konkurrenz etwas entgegenzusetzen.

Mit der kollektiven Organisationsform üben wir herrschaftsfreie Verhältnisse und möchten damit einen Beitrag dazu leisten, diese Praxen gesamtgesellschaftlich weiter zu entwickeln. Ziel der Betriebe ist es nicht, möglichst hohe (private) Gewinne zu erzielen, sondern mit dem Betätigungsfeld gesellschaftlich nützlich zu sein. Und dies mit dem Fokus auf einer herrschaftsfreien Gesellschaftsform. So gilt auch im Verhältnis zu anderen Betrieben das Prinzip Kooperation statt Konkurrenz.

Darüber hinaus gibt es noch viele weitere Praxen, die unser kollektives Selbstverständnis ausmachen: Wir gehen bewusst mit informellen Hierarchien (die durch Wissen und Erfahrung, rhetorische Fähigkeiten, Geschlechterverhältnisse und andere Diskriminierungsverhältnisse entstehen) um und versuchen, diesen entgegenzuwirken. Wir üben uns in einem respektvollen und ehrlichen Umgang miteinander. Wir holen uns Unterstützung, wenn wir Konflikte haben. Wir üben uns in Transparenz – nach Innen und nach Außen, auch dies soll ein Beitrag sein, Machtverhältnisse zu minimieren.

Der Versuch, Dinge »anders« zu gestalten, bringt unweigerlich mit sich, dabei tagtäglich

an Grenzen zu stoßen. Das Gefühl des Scheiterns, der Zweifel »Wofür mache ich das jetzt eigentlich alles?«, das Gefühl von Überforderung ist uns allen in unterschiedlichem Ausmaß bekannt. So führt die Verantwortung für den eigenen Betrieb dazu, dass es eben nicht immer so leicht ist, Feierabend zu machen. In diesem Feld sind wir sehr gefordert, uns individuell und gemeinsam gut zu reflektieren.

So sehr wir versuchen, dem kapitalistischen System etwas entgegenzusetzen, so sind wir doch Teil davon. Wenn wir verträgliche Löhne erwirtschaften und menschliche Arbeitsbedingungen schaffen wollen, stehen wir aufgrund des ökonomischen Drucks vor der Frage, wie das bloß gehen kann. Genauso stoßen wir an Grenzen, was die Rechtsform der Betriebe angeht. Jegliche bekannten Rechtsformen basieren auf hierarchischen Logiken, mit Binnenverträgen versuchen wir diese so gut wie möglich zu kollektivieren.

Unser Ziel ist, mit diesen Widersprüchen umzugehen, sie nicht als ein negativ geprägtes Scheitern wahrzunehmen, sondern aus ihnen zu lernen.

Link: www.kasseler-kollektive.org

STIFTUNG LEBENSRAUM

Boden für die Zukunft

Die Landwirtschaft ertragreicher machen, die ländlichen Strukturen stärken und dabei auch noch Boden aufbauen und das Klima schützen – das klingt zu schön, um wahr zu sein? Das glaubt Joachim Böttcher nicht. Der gelernte Gartenbauer ist überzeugt, dass diese Ziele Hand in Hand gehen können und müssen. Dafür hat er 2018 die Stiftung Lebensraum ins Leben gerufen.

SARAH BROCKHAUS, FÜRTH

Die Stiftungmitglieder stammen aus den unterschiedlichsten Berufsfeldern: Wissenschaftler*innen und Humanmediziner*innen finden sich ebenso im Kreise der Stiftung wie Künstler*innen, Städteplaner*innen, Architekt*innen oder Landwirt*innen. Doch sie teilen eine Vision, eine Überzeugung: Die einer lebenswerten Zukunft, in der kreislauforientiert gewirtschaftet wird, ökologische und soziale Lebensgrundlagen gesichert werden und konstruktive, regionale Lösungen gelebt werden – oder anders gesagt: »Regenerativ. Innovativ. Regional. Solidarisch.« Um diese Vision zum Leben zu erwecken, beteiligen sich die Stifter*innen nicht nur finanziell, sondern wirken auch aktiv an den Projekten der Stiftung mit.

Das jüngste Vorhaben der Stiftung Lebensraum ist die Humus-Initiative. Wir alle, so Joachim Böttcher, müssten eine Bodenverantwortung übernehmen. Es könne nicht sein, dass wir es einigen Landwirt*innen überlassen, die Ackerflächen oft mehr schlecht als recht zu bewirtschaften. »Ganz nebenbei zerstören sie damit das Grundwasser und die Artenvielfalt und damit auch die Ernährungssicherheit«, erklärt Böttcher.

Und nicht nur das, das Problem ist viel weitgreifender: Durch die derzeitige Bewirtschaftungsweise findet ein Humusabbau statt. Das ist auch deshalb problematisch, weil Humus Nährstoffe und Wasser speichert. Ohne Humus verdunstet das Wasser schneller, regnet häufig über dem Meer ab und fehlt zur Versorgung der Nutzpflanzen auf den Feldern. Derzeit liegt der durchschnittliche Humusgehalt in deutschen Ackerböden bei zwei bis vier Prozent. Das Ideal sieht anders aus: Ein Humusgehalt von fünf bis sieben Prozent wäre durchaus erreichbar. Ein höherer Humusgehalt macht einen Boden nicht nur fruchtbarer und resilienter – Humus ist auch ein wichtiger Motor gegen die Klimakrise. Für den Weltklimarat ist Humus neben der Aufforstung ein wichtiges Mittel, um Kohlenstoffdioxid zu binden. Es wäre also nur logisch, Landwirtschaft so zu betreiben, dass sie statt Humus abzubauen, Humus aufbaut und so ertragreicher wird und sogar noch das Klima schützt. Aber für diesen Übergang braucht die Landwirtschaft Unterstützung.

Humusgehalt im Boden fördern

Und genau hier setzt die Humus-Initiative an: Als einen zweiseitigen Prozess beschreibt Joachim Böttcher das Projekt seiner Stiftung. Auf der einen Seite braucht es die Bodenbewirtschaftenden, die bereit zu einer Umstellung sind, auf der anderen Seite die Verbraucher*innen, die das nötige Bewusstsein und die Bereitschaft haben, Bodenverantwortung zu übernehmen. Aber nicht nur um Bodenverantwortung geht es: Joachim Böttcher appelliert auch an die »Klimaverantwortung« der Bürger*innen, das heißt, jeder ist dazu angehalten, selbst bewusst dazu beizutragen, in den nächsten fünf Jahren maßgebliche Veränderungen herbeizuführen, angefangen beim eigenen Verhalten.



▲ Wichtig für unsere Umwelt: Humus speichert Wasser und Nährstoffe und bindet nebenbei auch noch Kohlenstoffdioxid im Boden.

Foto: Margit Krobath (CC)

Und wie sieht Bodenverantwortung konkret aus? Viele Bodenbewirtschaftende hätten nur begrenzt Wissen über das Thema Humusaufbau, so Joachim Böttcher. Deshalb gehört beispielsweise für Landwirt*innen, die am Klima-Humus-Projekt teilnehmen möchten, eine Weiterbildung dazu, in der sie praxisnah lernen, wie sie den Humusgehalt ihrer Böden fördern können. Die Themen der Weiterbildungsmodule sind unter anderem Boden-Basis-Wissen, Fruchtfolgen-Untersaaten-Dauerbegrünung, humusschonende Bodenbearbeitung oder betriebliches Wasser- und Kreislaufmanagement. Aber auch innovative Formen einer regenerativen Landbewirtschaftung werden in den Seminaren angeboten, wie z.B. Agroforst- und Waldgartensysteme, Terra Preta und holistisches Weidemanagement. Joachim Böttcher legt bei der Durchführung besonderen Wert darauf, das Teamgefühl und den Erfahrungsaustausch zu fördern. Teilnehmen kann jeder Bodenbewirtschaftende, der einen Vertrag mit der Stiftung abschließt – egal, ob Bio-Betrieb oder nicht.

Neben den Weiterbildungsmodulen lässt jeder Teilnehmende mit Unterstützung der Stiftung eine Bodenprobe machen von seiner Fläche. Drei Jahre später gibt es eine zweite Bodenprobe. Für jede Tonne CO₂, die ein*e Landwirt*in durch Humus im Boden gebunden hat, bekommt er oder sie dreißig Euro. Finanziert wird dies über Humuszertifikate, die die Stiftung vergibt: Für 45 Euro kann eine Privatperson oder ein Unternehmen ein Humuszertifikat erwerben und somit einen Teil seiner nicht vermeidbaren CO₂-Emissionen regional kompensieren, 30 Euro gehen direkt an die Landwirt*innen, 15 Euro bleiben in der Stiftung für die Verwaltung und die Organisation der Seminare.

Zur Anschaulichkeit baut die Stiftung derzeit ein Kompetenzzentrum »Boden und regenerative Landnutzung« am Hengstbacherhof, dem Sitz der Stiftung, auf. Das Kompetenzzentrum dient der Erforschung, Entwicklung und der Wissensweitergabe in Sachen regenerative Landwirtschaft und Humusaufbau. Der erste Baustein ist der hofeigene »Market Garden«, eine kleine kompakte Gemüsegartnerei, bei der auf kleiner Fläche viel mehr Gemüse produziert wird als im konventionellen Anbau üblich. Das Projekt, das im März diesen Jahres angelaufen ist, soll beweisen, dass Wirtschaftlichkeit und Ökologie Hand in Hand gehen können.

»Wir brauchen eine regenerative, naturnahe Landwirtschaft, eine Gartenlandwirtschaft«, davon ist Joachim Böttcher überzeugt. Das erprobt er bereits selbst erfolgreich auf seinem Land am Hengstbacherhof. Dort wurde nun eine Fläche für den Gemüseanbau angelegt, die regenerativ bewirtschaftet wird. Die Erträge aus dem Gemüseverkauf seien erstaunlich, so Böttcher. Sie lägen bis zu 200 Prozent höher, als diejenigen einer konventionell bewirtschafteten Landwirtschaftsfläche derselben Größe.

Schwarzerde selbst herstellen

Eine essenzielle Zutat für die ertragreichen Ackerflächen ist Terra Preta. Die fruchtbare Schwarzerde entdeckten Forscher*innen vor einigen Jahren im Amazonas-Regenwald, konnten sich anfangs aber nicht erklären, wie sie hergestellt wurde. Die Indios, die die Terra Preta hergestellt hatten, haben dieses Wissen buchstäblich mit ins Grab genommen – denn als die europäischen Eroberer den lateinamerikanischen Kontinent entdeckten, brachten sie Krankheiten aus Europa mit, mit denen das

Immunsystem der Indios überfordert war und die sie nicht überlebten.

Durch einen Bekannten ange-regt, begann auch Joachim Böttcher vor rund 15 Jahren, sich mit dem Geheimnis von Terra Preta auseinander zu setzen. Für die Entstehung der Schwarzerde braucht es Holzkohle, so viel war den Wissenschaftler*innen schnell klar. Aber die ersten Versuche gelangen nicht. An der Pflanzenkohle allein konnte es also nicht liegen.

»Die Natur würde nie mit nur einem Produkt so ein fähiges Wachstum schaffen. Und genau da hatte ich eine konkrete Vorstellung«, meint Joachim Böttcher. Deshalb startete er 2006 in Regentonnen die ersten eigenen Versuche und probierte sie im Hausgarten aus. Das Ergebnis: Das Gemüse wuchs viel besser als auf dem Vergleichsbeet mit Kompost und war auch weniger anfällig für Schädlinge. In einem anaeroben Fermentationsprozess, also unter Ausschluss von Luft, wandeln die Mikroorganismen Pflanzenkohle und Bioabfälle in nährstoffreiche Schwarzerde um.

Der Gehalt an Pflanzenkohle hat außerdem noch einen positiven Nebeneffekt. Bei der Herstellung von Pflanzenkohle entweichen zwei Drittel des Kohlenstoffs in die Atmosphäre, aber ein Drittel bleibt langfristig in der Pflanzenkohle gebunden und wird somit dauerhaft der Atmosphäre entzogen. Auch Terra Preta hilft also, Kohlenstoff zu binden und die Klimaerwärmung zu verlangsamen

und gleichzeitig verwandeln sich Bioabfälle bei der Herstellung von Terra Preta zu hochwertigem Humusboden.

»Wenn wir so den Kreislauf schließen können, dann ist das die Lösung für viele Probleme, die wir haben, in der Welt«, meint Joachim Böttcher. Um das Verfahren und die wertvolle Schwarzerde möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen, hat er das Unternehmen Palaterra gegründet. Der Betrieb vertreibt einerseits Terra-Preta-Substrate für den professionellen Gartenbau ebenso wie für Hobbygärtner*innen und entwickelt gemeinsam mit regionalen Akteuren dezentrale Produktionsstandorte zur Pflanzenkohle- und Terra Preta-Produktion. Die Herstellung von der Pflanzenkohle, die für die Herstellung von Terra Preta essenziell ist, lässt sich schon in kleinen Anlagen im Garten durchführen. Sie funktioniert aber auch in hochtechnisierten Verfahren, bei denen die Abwärme gleichzeitig noch zum Heizen dient. Damit könnte Terra Preta ein Baustein in einer dezentralen, autarken Energieversorgung werden, die nach Meinung der Stiftung die Zukunft ist.

Visionen vorleben

Aber die Vision, die Joachim Böttcher und die Stiftung verfolgen, geht noch weiter: »Wir müssen neue Systeme schaffen, neue autarke Dörfer, sodass es Menschen vorleben. Nur das Erleben bringt einen Menschen weiter«, meint Joachim Böttcher. So sehen die Menschen, dass eine Vision wirklich funktioniert.

Zu den autarken Dörfern, den Zukunftsdörfern, gehören neue Strukturen, die neue Arbeitsformen wie Co-Working-Spaces fördern, neue Wohn- und Lebensformen, neue Wirtschaftsweisen wie Genossenschaften oder Klein-AGs und natürlich eine ökologische Verträglichkeit und ein sozialer Charakter. Der ländliche Raum habe das Potenzial dazu, wir brauchen den ländlichen Raum, um die Städte zu retten (siehe dazu auch die Rezension auf Seite 14). Aber: »Wir müssen sofort handeln, wir müssen sofort etwas verändern, dann haben wir noch eine Chance.«

Link: www.stiftunglebensraum.org

ANZEIGE

LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN

solidarisch // kritisch // unabhängig

JAHRESABO
für €47,50

PROBEABO
für €10,00



JETZT BESTELLEN

www.lateinamerika-nachrichten.de

»Der Ort, an dem ich lebe«

Künstler*innen und Kunstinteressierte gründeten 2009 den Förderverein WEST.KUNST und arbeiten in der Stadt Hamm an einem Netzwerk aus aktiven Menschen, die den künstlerischen Aspekt in das gesellschaftliche Leben vor Ort einbringen. Eine der Initiator*innen beschreibt ihre Motivation und ihre Erfahrungen mit dieser »sozialen Skulptur« in Hamm.

RENATE WÖRMANN, HAMM

Das Zentrum meiner künstlerischen Arbeit und Quelle stetiger Inspiration ist eine schöne, alte Hofstätte am nordöstlichen Rand des Ruhrgebietes, wo ich mit meiner Großfamilie lebe. Seitdem ich hier lebe, erweitere ich meinen Blick Schritt für Schritt auf den ganzen Ort – den Burghügel in der Lippeniederung nördlich von unserem Hof, das alte Dorf Herringen mit den Auswirkungen der letzten 100 Jahre Bergbauindustrie, die Halde Kissinger Höhe – den natürlichen und urbanen Raum – die Menschen und die Natur. In mir reifte der Beschluss heran, den Ort, an dem ich lebe, als meinen Kunstraum zu betrachten. Und so war auch gleich der Titel meiner »Sozialen Skulptur« geboren: »Der Ort, an dem ich lebe«.

Ich wollte Kunst haben, Kunst machen, Kunst leben mit den Menschen an dem Ort, an dem ich hier jetzt bin! Das Glück nicht mehr in der Ferne suchen – ankommen!

Der Begriff »Soziale Skulptur« wurde als erweiterter Kunstbegriff von Joseph Beuys in den 1980er Jahren eingeführt (siehe auch CONTRASTE Nr. 427, April 2020). Mit tragenden Gedanken wie »Jeder Mensch ist ein Künstler« oder »Das Atelier ist zwischen den Menschen« stellt er den Menschen in den Mittelpunkt des künstlerischen Geschehens, das »von innen nach außen« in einem andauernden »Wärme-Prozess« die Gesellschaft formt und weiter entwickelt (frei nach J. Beuys).

Joseph Beuys habe ich im Studium der Diplom-Pädagogik für Erwachsenenbildung und Kunst kennengelernt und seinen »Aufruf zur Alternative« habe ich sehr persönlich genommen.



▲ Im offenen Atelier trifft sich die Künstler*innengruppe West.Kunst.

Foto: Carsten Grüneberg

Ich habe das Papier, auf dem dieser Aufruf in gedruckter Form in meine Hände kam, zusammengefaltet und in meine hintere Hosentasche gesteckt und Jahre später, als ich nach all meinen Liebesabenteuern und Weltenbummeln einmal zur Ruhe kam, habe ich diesen Zettel wieder hervorgekramt und dann ging ich an die Arbeit – und das auch sehr persönlich!

»Wenn Sie auch nur ein Loch in die Lärmschutzwand bohren, wird der Versicherungsschutz für die ganze Mauer hinfällig und Sie werden für alle anfallenden Schäden haftbar

gemacht!« setzte der Sprecher der Stadt Hamm mich als Vorsitzende des Vereins West.Kunst über die Folgen unseres Vorhabens in Kenntnis: Für die Hängung eines Bildes mit historischem Bezug zum Ort wollte ich mich mit einigen Mitgliedern des Vereins West.Kunst an diesem Tag an der Lärmschutzwand treffen, um die hierfür notwendigen Bohrungen durchzuführen. Es ging glimpflich aus! Wir haben uns kooperativ gezeigt, und die Stadt hat kooperativ reagiert: Nach einigem Hin und Her gibt es nun einen Kunstpfad mit frei aufgestellten Bildern.

Wir haben im Westen von Hamm ein Gesamtkunstwerk entwickelt. Ganz im Sinne der »Sozialen Skulptur« ging es darum, den Menschen in seiner höchsten Potenz anzusehen und ihn als Künstler anzusprechen. Damit ist das Ziel formuliert, noch nicht aber der Weg. Eine erste wichtige Kondition hierfür sei formuliert: »Wärme« und »Das Atelier ist zwischen den Menschen«. (frei nach J. Beuys, 1982)

Ich sehe mich als Anstifterin dieser Ereignisse. 2004 habe ich mich mit einem eigenen Konzept »Kunst in Sozialen Feldern« selbstständig

gemacht. Mit dem Jugendzentrum und einer Grundschule vor Ort entwickelte sich bald eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit einem offenen Atelier für Kinder und Jugendliche und LandART-Theater-Projekten. 2008 wurde ich von der Stadt Hamm eingeladen, im Beirat »Im Westen was Neues« mitzuarbeiten. Ich sollte als Künstlerin beteiligt werden bei der Aufbereitung der Industriebrachen im Westen von Hamm. Dies wollte ich nicht nur aus mir selbst heraus tun, sondern aus einem Wir heraus. Gemeinsam mit dem ebenfalls ortsansässigen Lichtkünstler Karl-Heinz Breddermann regte ich ein Treffen von Künstler*innen und Kunstinteressierten in einer Eisdiele in unserem Stadtteil an. Und es kamen viele.

So entstand der Herringer Künstlertreff, aus dem sich durch den besonderen Einsatz des Ehepaares Grüneberg der Verein West.Kunst entwickelte. Schon bald wurde ein leerstehendes Ladenlokal bezogen, es gab Ausstellungen mit festlichen Eröffnungen und »Kunst im Schaufenster«, ein Wettbewerb vor Ort, an dem jede*r teilnehmen kann. Ein reger Austausch mit der französischen Partnerstadt Neuf-Chateau entstand, drei Kunstpfade zeigen teilweise wechselnd, teilweise fest installierte Bilder von ortsansässigen Künstler*innen, um nur einiges zu nennen. Durch die Aktivitäten ist in Herringen auf lokaler Ebene ein bewegtes, soziales Feld von beachtlicher künstlerischer Produktivität entstanden.

Der Förderverein WEST.KUNST wurde 2019 zehn Jahre alt. Er hat eine gut versorgte Internetseite und einen Kiosk als Treffpunkt. Es ging nicht immer friedlich zu. Streit führte auch zu Abspaltungen und schon bald gab es einen zweiten Verein vor Ort. Durch Reibung entsteht Feuer.

Die gegenwärtig aktivste Frau im Verein ist Benigna Grüneberg. Sie ist gern bereit mit Menschen, die nun Interesse am Kunstwerk im Sozialen in Herringen entwickelt haben, eine Führung zu machen.

Kontakt: 02381 / 465744

Link: <https://westkunst.jimdo.com>

REZENSION

Blick in den ländlichen Raum

Durch die Wahlerfolge von AfD und Donald Trump sind »ländliche Räume« und ihre BewohnerInnen wieder vermehrt ins öffentliche Interesse gerückt. Gleichzeitig künden die gigantischen Auflagen von Zeitschriften wie »Landlust« (monatlich über 800.000)

ANZEIGE

Gentechnik im Naturschutz?
Herausforderungen für die Zukunft

Gen-ethisches Netzwerk e.V.
Stephanstr. 13 · 10559 Berlin
Tel 030-685 70 73 · Fax 030-684 11 83
www.gen-ethisches-netzwerk.de

*** Jetzt bestellen! *** Gen-ethischer Informationsdienst *** Nr. 253 *** Mai 2020 *** Einzelausgabe 8,50 € *** Jahresabo (4 Ausgaben) 35 Euro ***

von einer naiven und idealisierenden Sichtweise auf »das Land«.

BERND HÜTTNER, REDAKTION BREMEN

Für den Kulturgeographen Werner Bätzing sind es historisch-rückblickend immer gesellschaftliche Umbruchsituationen, in denen »das Land« besonders positiv oder negativ gesehen wird, insofern ist der Umgang damit ein Spiegel des gesellschaftlichen Wandels. Mit seinem klugen und in einer sehr angenehmen Sprache verfassten Buch liefert er wertvolles Orientierungswissen. Er fragt, ob es heute noch »ländliches Leben« oder »ländliche Räume« gibt, und wenn ja, ob sie noch gebraucht werden.

Bätzing, der vor allem als engagierter, sozial-ökologischer »Alpenforscher« bekannt ist, versteht und benutzt seine Disziplin, die Geographie, als »Leitwissenschaft«, die um die drei Komplexe Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft (und deren Verbindungen) kreist, und ergänzt diesen Ansatz um historische Aspekte. So reicht sein geschichtlicher Blick zurück bis zur Entstehung der Sesshaftigkeit, der »Hochkulturen«

und der Städte. Die erste Hälfte des Buches umfasst den Zeitraum bis ungefähr 1960, die zweite vertieft den Zeitraum bis heute und wagt dann einen Ausblick in die Zukunft.

Bätzing untersucht die Entstehung der Landwirtschaft, das Mittelalter, ebenso wie die Anfänge von Tourismus und Heimat- und Naturschutz als Begleitumstände der industriellen Revolution. Den entscheidenden Kipppunkt und Strukturbruch setzt er für Mitteleuropa für die 1960er Jahre an, als die flächendeckende Modernisierung der ländlichen Räume und die immense Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft beginnt. Das Land wird nun, wieder einmal, als Provinz entwertet und die bis dahin bäuerliche Landwirtschaft verschwindet durch den immensen Einsatz billiger, fossiler Energie (Erdöl). Diese und der Einsatz von Kunstdünger ermöglichen schrittweise die Entkopplung der Landwirtschaft von der Fläche. In der Raumordnung beginnt die Suburbanisierung und vor allem um die Oberzentren herum entsteht politisch gewollt die »Zwischenstadt« mit ihrem auf privatem PKW beruhenden Verkehrsaufkommen.

Niedrige Lebensmittelpreise sind angesichts eines wachsenden und ebenso politisch gewollten Niedriglohnssektors wichtig für die Kaufkraft vieler Menschen. Die Bevölkerung und vor allem das Bevölkerungswachstum ist allerdings ungleich verteilt. Seit 1972 sinkt die Bevölkerung durchgehend, Wachstum gibt es nur noch durch Zuwanderung. Diese ist eher jung und siedelt sich vorzugsweise in den Städten an, so dass die ländlichen Räume im Durchschnitt altern und die Bevölkerungszahl dort überall abnimmt. Das Land erlebe, so Bätzing, eine »dezentrale Verstädterung«, da auch in ländlichen Räumen der Anteil derer, die dort in »Kleinstädten« leben, steigt. Bätzing geht auch auf die Debatten um die Zukunft des bzw. den »neuen« Naturschutz ein: Ist Renaturierung oder gar »Wildnis« wirklich die Lösung?

Im Buch werden viele wichtige Definitionen gegeben und Zahlen und hilfreiche Statistiken vorgestellt. Ländliche Räume hält Bätzing weiterhin für nötig, da sie ein anderes Entwicklungsmodell verkörpern oder zumindest als Sinnressource

daran erinnern: An ein Modell, das auf Prinzipien eines anderen Wirtschaftens beruht und vor allem etwas naturnäher arbeitet, nicht so an Wachstum orientiert ist und in dem die Menschen eine größere soziale Nähe (zusammen) leben. Seine Prognose ist allerdings, dass »ländliche Räume«, so wie sie die letzten Jahrzehnte existierten, verschwinden werden, wenn nicht, auch ordnungspolitisch, gegengesteuert werde. Kernbestandteile einer sozial-ökologischen Entwicklung ländlicher Räume seien unter anderem die Steuerung des Tourismus hinein in die Fläche; Maßnahmen zur weiteren Energieeinsparung und Verkehrsreduzierung; sowie ein grundsätzlicher regionaler Ansatz, der in den Menschen das größte und ernstzunehmende Potential sieht.

Mit »Das Landleben« liegt ein spannendes, mehr als lesenswertes Buch vor, das viele Aspekte nennt und interdisziplinär verknüpft – und aus dem sich sehr viel lernen lässt.

Werner Bätzing: Das Landleben. Geschichte und Zukunft einer gefährdeten Lebensform; C. H. Beck Verlag, München 2020, 302 Seiten, 26 Euro

GUTE ARBEIT UND ÖKOLOGIE



Der von Becke herausgegebene Band ist im Zusammenhang des Projektes »NaGut – Nachhaltig Gut Arbeiten« an der Universität Bremen entstanden. Dem Herausgeber ist es gelungen, einen Expert*innenkreis um sich zu scharen, der die Publikation zu einem lesenswerten Kompendium macht. Dabei wird das Spannungsfeld zwischen ökologischen und arbeitspolitischen Anforderungen vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Entwicklung ausgeleuchtet. Der Band geht deutlich über betriebliche Umweltpolitik hinaus und befasst sich auch mit nachhaltiger Lebensführung, Konsum und Wertschöpfungsketten. Die Publikation ist in vier Themenfelder untergliedert: Im ersten befassen sich drei Aufsätze mit den gesellschaftlichen Gestaltungsbedarfen von Guter Arbeit und ökologischer Innovation. Fünf Beiträge zum zweiten Themenfeld gehen der Fragestellung nach Arbeitsqualität und Umwelt auf Unternehmensebene nach. Unternehmenskooperationen stehen im Mittelpunkt des dritten Themenfeldes, und zwei Beiträge zur Umsetzung auf regionaler Ebene schließen im vierten Themenfeld den Band ab.

Becke konstatiert in seinen Beiträgen eine Renaissance nachhaltiger Arbeit und legt ein arbeitsökologisches Zwiebelmodell als Raster für das Forschungsprojekt und die Buchbeiträge vor. Hierdurch kann die wechselseitige Abhängigkeit zwischen den Dimensionen Arbeit und Ökologie besser verstanden werden. Zum Beispiel, wenn Beschäftigte im Home Office tätig sein können und dadurch Ressourcen und Zeit eingespart werden können. Hier trifft sich der Band mit den Aussagen von Urban in »Gute Arbeit in der Transformation« (vgl. CONTRASTE Nr. 428, S.15). Denn bei der Erfassung des Strukturwandels von Arbeit sei es unstrittig, dass die Entwicklungen von Arbeit, Gesellschaft und Natur einander so intensiv durchdringen, dass die isolierte Bearbeitung der Politikfelder nicht sinnvoll sei.

Die ökologischen und arbeitspolitischen Auswirkungen der Digitalisierung werden in vielen Beiträgen des Buchs thematisiert. So konstatiert Jochum/Matuschek ambivalente Auswirkungen der Digitalisierung. Es bedürfe einer stärkeren Mitgestaltung und demokratischer Teilhabe durch die Beschäftigten. Reale Fortschritte bei der Demokratisierung der Wirtschaft werden damit zur Bedingung der Möglichkeit öko-sozialen Fortschritts. Dabei rücke Wirtschaftsdemokratie ins strategische Zentrum.

Fazit: Die arbeitspolitische hinkt der ökologischen Faktenlage in vielen Bereichen hinterher. Die Digitalisierung ist, was ihre Auswirkungen auf Arbeit, Beschäftigung und Nachhaltigkeit angeht, weiterhin eine große Unbekannte. Diese gilt es zu erforschen und politisch zu steuern, soll sie nicht gänzlich den Gesetzen des Kapitalismus überlassen werden. Um daran zu arbeiten, empfiehlt sich dieses über weite Strecken gut lesbare Buch.

Herbert Klemisch

Guido Becke (Hrsg.): Gute Arbeit und ökologische Innovationen. Perspektiven nachhaltiger Arbeit in Unternehmen und Wertschöpfungsketten; oekom-Verlag, München 2019, 324 Seiten, 29 Euro

ALS FRAU IM KNAST



Die 1952 geborene und in Österreich aufgewachsene Ingrid Strobl ist in den 1980er Jahren eine bekannte linke und feministische Journalistin, die unter anderem für die Monatszeitschrift EMMA schreibt. Im Dezember 1987 wird sie wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB), hier der Revolutionären Zellen, verhaftet. Sie hatte, das streitet sie auch nicht ab, einen vom Bundeskriminalamt markierten Wecker gekauft, der dann am 28. Oktober 1986 bei einem Anschlag auf ein Lufthansa-Gebäude in Köln als Zeitzylinder benutzt worden war. Strobl weigert sich aber, Namen zu nennen, und wird zuerst zu fünf Jahren Haft verurteilt. Nach Revision wird das Strafmaß verringert und sie wird schließlich im Mai 1990 entlassen. Die ganze Zeit gibt es eine für heutige Verhältnisse riesige Solidaritätsbewegung, so findet zum Beispiel am 11. Februar 1989 in Essen zum Prozessbeginn eine Demonstration mit 10.000 Teilnehmer*innen statt.

All das ist aber eher am Rande Thema des Buches. Strobl erzählt sehr persönlich über ihr Leben im Gefängnis und setzt diese Erlebnisse in Bezug zum politischen Aktivismus von Frauen allgemein und zu ihrem eigenen. Im Gefängnis lernt sie eine ihr bis dahin völlig fremde Welt kennen, eine Welt von Schmerz und Sucht, von – ohnmächtiger und wirkungsvoller – Wut und Unterwerfung. Kraft zieht sie vor allem aus der Arbeit an einem Buch über den Widerstand von Frauen in Europa gegen den deutschen Nationalsozialismus. Es erscheint 1989 beim Fischer Verlag und verkauft sich gut.

Strobls Text hat zwei (Zeit-)Ebenen, die auch im Buch typografisch abgesetzt sind. Zum einen den Aufenthalt im Gefängnis, wobei unklar bleibt, wann sie diese Passagen geschrieben hat. Hier erzählt sie aus dem »Alltag« im Gefängnis, ihre Versuche, ihre Integrität zu bewahren, über störenden Lärm, solidarische Mitgefängene und die Beklemmungen bei persönlichen Besuchen. Der zweite Strang sind die ebenso persönlichen Reflexionen über die Vergangenheit: Wer war ich 1987? Trügt mich meine Erinnerung? Waren meine politischen Einstellungen (damals) »falsch«? Die Begegnungen im Frauenknast lösen eine Überprüfung, wenn nicht Revision, ihres feministischen Weltbildes aus. Sie erfährt, dass viele Frauen die patriarchale Unterwerfung und die eigene Passivität so verinnerlicht haben, dass ein Ausbrechen daraus kaum möglich ist. Ein inneres Gegengewicht sind für sie in diesen langen Monaten Yoga, (klassische) Musik, Lektüre, und der Gedanke an den Mut der Partisaninnen, die sie im Zuge ihrer Recherchen getroffen hat.

Durch dieses Buch kann viel über »Gefängnis« erfahren und gelernt werden. Für jüngere Leser*innen ist es eventuell ein Anlass, über die antagonistischen Bewegungen der 1980er Jahre in Westdeutschland zu recherchieren.

Bernd Hüttner

Ingrid Strobl: Vermessene Zeit. Der Wecker, der Knast und ich, Edition Nautilus, Hamburg 2020, 192 Seiten, 18 Euro

LEBENSENTWÜRFE ANGESICHTS DER ÖKO-KRISE



Während der Studierendenstreiks der 1990er Jahre schließen drei Freundinnen eine Wette ab: Wer von ihnen wird mit 35 die Spießigste sein? Alle drei sorgen sich um die Zukunft des Planeten. Werden sie ihren Idealen treu bleiben? Zu diesem Zeitpunkt ahnen sie noch nicht, wie verschieden ihre Lebensentwürfe sein werden: Lotte wird eine Familie gründen und im bürgerlich-alternativen Milieu leben. Kundrie wird sich mit einer NGO in Brüssel für Öko-Bewegungen einsetzen, und Nele, die radikalste von ihnen, wird in den Untergrund gehen.

»Wind aus Nord-Süd«, der jüngste Roman der »Ende Gelände«-Aktivistin und Bewegungsarbeiterin Dorothee Häußermann, lässt die drei Frauen die Geschichte der Generation erzählen, die sich vor »Fridays for Future« für eine enkeltaugliche Lebensweise einsetzte. Deshalb ist der Hauptstrang der Handlung im Jahr 2014 angesiedelt, kurz vor dem Aufkommen der Bewegung.

»Handlung« trifft es allerdings nicht ganz. Das Buch funktioniert wie ein gut montierter Film, der dokumentarische Quellen mit Spielfilmsequenzen, O-Töne mit leuchtenden Bildern überblendet. Es ist vielstimmig und vielschichtig: in Prosa verfasste, bildstarke Szenen umrahmen Dialoge. Lotte spricht aus ihren Tagebuch-Einträgen. Die NGO-Arbeiterin schreibt Mailings und führt Briefwechsel mit Nele, und dazwischen zitiert der Jugendliche Aljoscha, der an der Klimakrise verzweifelt, Klima-Aktivist*innen. Dazu kommen verschiedene Zeitstränge: Rückblenden beleuchten den Aufbau einer Widerstands-Gemeinschaft gegen einen Flughafen oder ein Wohnprojekt auf dem Land.

Bis wohin sollten wir gehen und bis wohin dürfen wir gehen? Kernfragen, um die die Charaktere ringen. Darauf gibt es keine leichten Antworten, und der Roman versucht auch nicht, sie zu geben. Er stellt Fragen, gute Fragen. In einer alten Tonbandaufnahme hört man Nele sagen: »In fünfzig Jahren werden die Menschen Sie fragen, warum Sie den Klimawandel nicht verhindert haben, als es noch möglich war. Möchten Sie dann antworten: Ging leider nicht, auf den Baustellen stand »Betreten verboten.««

Kundrie sympathisiert mit Neles Radikalität. Aber dann sprengt die Gruppe ein leeres Flugzeug in die Luft und fügt damit der Ökobilanz großen Schaden zu. Kundrie muss das selbst erfahren: Das Image ihrer NGO ist im Sinkflug, sie selbst gerät mit ihren Kolleg*innen unter Generalverdacht.

Die Vielstimmigkeit des Romans ist ein großes Risiko, aber sie funktioniert – und ist auch noch so spannend zu lesen, dass der Abschied von den drei Frauen am Ende schwer fällt.

In ihrem Nachwort beschreibt Dorothee Häußermann, wie sehr sie die Zweifel aus ihrer eigenen Erfahrung als Aktivistin kennt: »Mache ich genug? Wie weit gehe ich? Die Trauer um Zerstörung. Das Kämpfen darum, gehört zu werden.« Dafür hat sie die perfekte Form gefunden. Eigentlich ein Skandal, dass das Buch ein Geheimtipp ist.

Friederike Grabitz

Dorothee Häußermann: Wind aus Nord-Süd. Romanfetzen; Tredition Verlag, Hamburg 2019, 332 Seiten, 14,99 Euro

LINKS LEBEN MIT KINDERN



Mit Kindern leben? Kinder haben? Und dabei doch alternativ oder links bleiben? Geht das überhaupt? Diesem unübersichtlichen Terrain widmen sich 33 Artikel in einem neuen, aus einem Blog entstandenen Buch. Die Texte wurden größtenteils von leiblichen und sozialen Eltern verfasst, viele von ihnen leben in Wohn- und Hausprojekten, die Kinder sind bis zu zehn Jahre alt. Berichte von Menschen, die älter sind, oder von Eltern mit älteren Kindern finden sich nicht, aber von Menschen, die selbst keine Kinder haben, aber mit Kindern zusammenwohnen oder wohnten oder lange kinderlos waren.

Es sind sehr persönliche Geschichten, und auch die wenigen eher analytischen Texte sind sehr lesenswert, da sie aus dem (eigenen) Leben und dessen Interpretation heraus geschrieben sind. Aus dem Leben der derzeit 30- bis 40-Jährigen. Die Bilanz ist freilich eher durchwachsen. Viele scheitern an ihren Ansprüchen, können getroffene Verabredungen und Absichten nicht einhalten, aus vielen Abschnitten spricht vor allem: Überforderung. In der in der Szene gängigen Kritik an »Familie« und »Kleinfamilie« sind sich nahezu alle einig. Aber was sind die Alternativen? Basiert das Leben in der Szene auf Selbstbestimmung und Flexibilität, braucht ein Baby sehr lange das Gegenteil davon: Anwesenheit rund um die Uhr. Kleinere Kinder brauchen Präsenz und Raum zu ihren Bedingungen. Viele stellen fest, dass zum Beispiel »engagierter Vater« in linken Kreisen ein positiv besetzter Begriff ist, »engagierte Mutter« ein eher negativer. Warum wird eine technische Sprache verwendet (»Reproduktionsarbeit«, Heteronormativität, Bezugsperson, Betreuungsmodelle, ...), wo es doch vorrangig um Emotionen und berechtigte Bedürfnisse wie Sicherheit, Hilfsbereitschaft, Wohlfühlen und Trost gehen sollte und geht? Nach dem Scheitern ist die bittere Realität für viele dann eben nicht die vieldiskutierte Care-Community, sondern die Situation als »Alleinerziehende plus«. So ist die (Rückkehr zur) Kleinfamilie mit einem oder auch zwei Erwachsenen nur die Kehrseite der linken Bindungslosigkeit.

Erschwerend kommt hinzu, dass es für vieles, was hier engagiert und zu Recht probiert wird, (bisher) keinen passenden Namen gibt, und erst recht keinen gesetzlichen Rahmen. So ist zum Beispiel das Sorgerecht derzeit für maximal zwei Personen möglich. Weitere Zwänge, die sich aus der Ökonomie und Lohnarbeit ergeben, kommen im Buch kaum vor. Das ist erstaunlich, denn dieser Bereich ist, neben der »Reproduktion«, derjenige, der die meisten Freiheitsverluste mit sich bringt. Trotzdem ist die Publikation ein wichtiger Beitrag zu einem in der radikalen Linken zu wenig kollektiv und öffentlich debattierten Thema – das doch gleichwohl das »private« Leben bis in die letzten Poren bestimmt.

Bernd Hüttner

Almut Birken/Nicola Eschen (Hrsg.): Links leben mit Kindern. Care Revolution zwischen Anspruch und Wirklichkeit; Unrast Verlag, Münster 2020, 280 Seiten, 16 Euro

Link: <https://linklebenmitkindern.org>

INITIATIVEN IN DER GRIECHISCHEN VIELFACHKRISE



Etwa ab 2004/2005 entstand in Griechenland eine Vielzahl selbstorganisierter und selbstverwalteter Initiativen, darunter genossenschaftsähnliche Projekte, eine von Arbeiter*innen besetzte Fabrik (Vio.Me), informelle Netzwerke und Selbsthilfegruppen, Platzbesetzungen und ökologisch ausgerichtete Projekte und vieles andere mehr. Die Initiativen dienen der Befriedigung realer materieller Bedürfnisse, stellen aber auch kapitalistische Dogmen (Privateigentum, Markt und Geldwirtschaft) und hierarchische Organisationsmodelle radikal in Frage.

Die hier als Buch publizierte Forschungsarbeit basiert auf ethnographischer Feldforschung vor Ort, die zwischen 2013 und 2018 durchgeführt wurde. In ihr werden diese »kleinen Funken« alternativer Möglichkeiten untersucht und im Kapitel »Utopie« vorgestellt. Grundannahme der Arbeit ist, dass soziale Entfremdung die Entstehung von Widerstand begünstigen kann und bestimmte kollektive Formen des Widerstands zur Bildung von selbstverwalteten Initiativen mit utopischen Elementen anregen können. Dies führt zur Hauptfrage: Durch welche Praktiken versuchen alltagsutopische Initiativen, Zustände der Entfremdung zu überwinden?

Erläutert werden zunächst zentrale Begriffe und Eckpunkte der Forschungsarbeit. Im Kapitel zur Geschichte anarchistischer und anti-autoritärer Kämpfe in Griechenland wird der Einfluss des zapatistischen Aufstands und des Anarchismus nicht allein auf die Thematik des Widerstands, sondern auch hinsichtlich »ihrer Theorien und Praktiken von Organisation und Aufbau einer neuen Gesellschaft für die vorgestellten Alltagsutopien« hervorgehoben. Die Arbeit, in der die befragten Aktivist*innen ausgiebig zu Wort kommen, versteht sich auch als Beitrag, »den verengten Diskurs über die griechische Krise zu erweitern« und die Aufmerksamkeit auf Praktiken zu lenken, die »die griechische Bevölkerung entwickelt hat, um den alltäglichen Auswirkungen der Krise zu begegnen«. Der Versuch, sich der Verwertungs- und Konkurrenzlogik kapitalistischer Wirtschaftsformen zu entziehen, gelingt den beschriebenen Initiativen aber stets nur beschränkt. Ob aus ihnen tatsächlich ein breiter sozialer Wandel hervorgehen kann, hängt nach Meinung des Autors nicht zuletzt davon ab, ob sich die Ideen jenseits »links-anarchistischer und subkultureller Kreise« etablieren können. Kritisch vermerkt wird, dass die klassische geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und ungleiche Wertschätzung praktischer Solidaritätsarbeit in vielen Initiativen unangetastet bleibe.

Jürgen Weber

Georg Rosenitsch: Entfremdung - Widerstand - Utopie. Selbstverwaltete Initiativen in der griechischen Krise; mandelbaum Verlag, Wien/Berlin 2020, 240 Seiten, 22 Euro

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

WEBINARE

#WasWirklichWichtigst Corona und die Demokratischen Grundrechte

10. Juni, 19 Uhr

Anmeldungen bitte unbedingt mit dem Betreff Webinar. Die Zugangsdaten werden nach Eingang der Anmeldung verschickt. *Anmeldung: info@attac.de*

ZIVILGESELLSCHAFT

Partizipative Demokratie im digitalen Zeitalter

19. bis 21. Juni
(Bonn)

Neue Macht der Bürger*innen? Die Digitalisierung hat unser Leben gewaltig verändert und Öffentlichkeit wird heute im digitalen Raum hergestellt, in dem Menschen anonym auftreten können. Haben die Bürger*innen »neue« Macht, weil sie jederzeit und weltweit vernetzt Position beziehen können? Auf dieser Grundlage schauen wir, wie jede*r von uns in demokratischen Systemen digital teilhaben kann, wie sich unser politisches demokratisches System auf die »neuen« Herausforderungen vorbereitet und welche Dynamiken noch denkbar sind. *Ort: Jugendherberge Bonn, Haager Weg 42, 53127 Bonn*
Info: www.vfn-online.de/seminare

SOMMERCAMP

10. Antifaschistisches Jugendcamp

7. bis 10. August
(Buchholz)

Jedes Jahr im Sommer findet in Heideruh das Antifaschistische

Jugendcamp statt. Es wird in Selbstorganisation von jungen Antifaschistinnen und Antifaschisten organisiert. Voraussichtliche Workshop-Themen: Awareness, Zeitzeug*innengespräche (Widerstand im Nationalsozialismus), Graffiti, Gedenkkultur, Gesellschaftsmodelle. Auch wenn einige Teilnehmende des Camps sich nicht mehr als jugendlich sehen, spricht es vom Programm und den Inhalten junge Menschen an. Wenn du zwischen 16 und 30 bist, bist du herzlich eingeladen, an dem Camp teilzunehmen. Wir freuen uns auf viele alte und neue Gesichter! Eine Anmeldung, auch für einzelne Tage, ist erforderlich. *Ort: Begegnungsstätte Heideruh, Ahornweg 45, 21244 Buchholz*
Info: https://www.heideruh.de/antifaschistisches-jugendcamp/

BEDROHTE DEMOKRATIE?

Populistische und extremistische Gefahren des 21. Jahrhunderts

31. August bis 4. September
(Kochel am See)

Trotz der historisch betrachteten langjährigen Friedensphase in Europa ist unsere Demokratie keineswegs frei von Gefahren und muss sich täglich bewähren. Extremistische Ideologien, Parteien, Gruppierungen und Personen scheinen überall auf dem Vormarsch. Doch wie sind diese Strömungen historisch gewachsen? Durch welche Merkmale sind sie zu erkennen? Welche Ziele verfolgen sie und welche Rolle spielen insbesondere die (modernen) Medien? Im Seminar wird diesen Fragen nachgegangen und kritisch überprüft, wie Populist*innen und Extremist*innen die Welt begreifen und sie verändern wollen. Ein Hauptaugenmerk des Seminars

liegt dabei auf den Gefahren des Internets sowie anderer moderner Massenmedien.

Ort: Am Aspensteinbichl 9-11, 82431 Kochel am See
Info: www.vollmar-akademie.de/programm/

KINO

Ton Steine Scherben

19. August, 20 Uhr
(Berlin)

Im Jahr 2000 – knapp vier Jahre nach dem Tod des charismatischen Sängers und Ton Steine Scherben-Frontmanns Rio Reiser – erschien die von Christoph Schuch gedrehte Dokumentation »Der Traum ist aus! – Die Erben der Scherben«. Die politische und musikalische Bedeutung jener Band, die mit Songs wie »Macht kaputt, was euch kaputt macht« oder »Keine Macht für Niemand« den Soundtrack der rebellischen 70er und 80er Jahre schuf, stehen im Mittelpunkt des Films.

Ort: Lichtblick-Kino, Kastanienallee 77, 10435 Berlin
Info: https://gustav-landauer.org/content/filmpraesentation-der-traum-ist-aus-berlin

Der marktgerechte Mensch

23. September, 18 Uhr
(Aachen)

Die Filmemacher Leslie Franke und Herdolor Lorenz untersuchen in ihrem Dokumentarfilm, wie der unsichere Arbeitsplatz den Menschen verändert und soziale Beziehungen beeinflusst. Der Film stellt aber auch Betriebe vor, die nach dem Prinzip des Gemeinwohls wirtschaften, Beschäftigte von Lieferdiensten, die einen Betriebsrat gründen,

und die Kraft der Solidarität von jungen Menschen, die für einen Systemwandel eintreten. »Der marktgerechte Mensch« ist ein Film »von unten«, der die Situation hinterfragt, Mut machen will, sich einzumischen und zusammenzuschließen. Denn ein anderes Leben ist möglich.

Ort: Evangelisches Erwachsenenbildungswerk, Frère-Roger-Straße 8-10, 52062 Aachen
Info: https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/30-LUO/der-marktgerechte-mensch?cHash=ccfb41d7d9f7a-72ce5b7e845d2f9750b

TAGUNG

»Spurwechsel«

2. & 3. Oktober
(Stuttgart)

Wie könnte gerechte Mobilität für alle mit weniger Verkehr aussehen? Welche Projekte und Ansätze einer öffentlichen und nachhaltigen Mobilität gibt es? Welche Technologien und Infrastrukturen sind nötig? Wie lassen sich gerechte Übergänge gestalten – auch für Beschäftigte der Autoindustrie? Ein nie dagewesenes Investitionspaket in öffentliche und nachhaltige Infrastruktur, die Mobilität für alle flächendeckend sichert und gleichzeitig gute Arbeit in Industrie und Dienstleistungen schafft, muss durchgesetzt werden. Mit einer Vielzahl von Gästen aus Arbeiter*innen- und Umweltbewegung wollen gemeinsame Strategien entwickelt werden.

Ort: Bebelstr. 22, 70193 Stuttgart
Info: https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/D64J5/spurwechsel?cHash=4eb847af84677a-c3714a4e1354847904

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER

CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel

Anfragen: info@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTIONEN

BERLIN:
Ulrike Kumpe
✉ ulrike.kumpe@contraste.org
BREMEN:
Bernd Hüttner (Rezensionen)
✉ bernd.huettner@contraste.org
ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
✉ johannes.dietrich@contraste.org
FREIBURG:
Burghard Flieger (Genossenschaften)
☎ (07 61) 70 90 23
✉ genossenschaft@t-online.de
GÖTTINGEN:
Kai Böhne (Anzeigen)
✉ kai.boehne@contraste.org
HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
✉ hh.kunath@web.de
KASSEL:
Regine Beyß
✉ regine.beyss@contraste.org
KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 58 38 900
✉ heinz.weinhausen@contraste.org

Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
✉ ariane.dettloff@contraste.org
SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
✉ ulifrank@unverdient.de
STUTTGART:
Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
✉ peter.streiff@netz-bund.de
ÖSTERREICH:
GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
✉ brigitte.kratzwald@commons.at
KLAGENFURT:
Hans Wieser (Termine)
✉ hans.wieser@contraste.org /

HERSTELLUNG

ANZEIGEN
Kai Böhne
✉ anzeigen@contraste.org

ABOVERWALTUNG

Eva Schmitt
✉ abos@contraste.org

BILDREDAKTION

Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT

Eva Sempere
✉ layout@contraste.org

TERMINE

Hans Wieser
✉ termine@contraste.org

IT-BETREUUNG

Vadim und Steffen, netz.koop eG
https://netz.coop
✉ webmaster@contraste.org

DRUCK

Freiburger Druck GmbH und Co KG

facebook:

Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung
Twitter: @contraste.org
Mailingliste: https://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste

LESERBRIEF

Kritik an »The Ocean Cleanup«

So dringend etwas gegen den Plastikmüll in den Ozeanen getan werden muss, so wirkungslos ist das Projekt »The Ocean Cleanup« von Boyan Slat. Erfolgsmeldungen, wie sie im Mai in der CONTRASTE zu lesen waren (Nr. 428 / Mai 2020, S.13), basieren offensichtlich allein auf den Darstellungen der Organisation. Unabhängige WissenschaftlerInnen und UmweltschützerInnen haben dagegen viel Kritik. Sie machen darauf aufmerksam, dass die schwimmenden Müllsammelsysteme von Boyan Slat und seinem Team nicht annähernd so viel Plastik einsammeln können, dass die riesigen Müllstrudel tatsächlich beseitigt werden. Diese oberflächennahen Systeme können den Großteil des Kunststoffes in den Ozeanen gar nicht erfassen, weil der Müll oft durch Wind und Wellen weit unter die Meeresoberfläche gedrückt wird, außerdem wird er durch Sonne, Salzwasser und Wellengang langsam zerkleinert und sinkt immer mehr nach unten. Aber auch an der Oberfläche der Meere (oder Flüsse) lässt sich vom Plastikmüll nicht genug herausfischen – während gleichzeitig viele Kleinlebewesen aus dem Wasser geholt werden. Die Organisation macht zwar eine wirksame PR, beantwortet aber konkrete, kritische Fragen nur unzureichend und sagt zum Beispiel nicht, wie viel Plastik sie bisher eingesammelt hat. Eine vorläufige Lösung würde darin bestehen, in den Herkunftsländern des Plastikmülls, vor allem sind es Schwellenländer, ein funktionierendes Abfallmanagement an Land aufzubauen. Weil Plastikrecycling aber nirgends richtig funktioniert, helfen auf längere Sicht nur unschädliche Alternativen zum Plastik. Dabei geht es weniger um neue Materialien, sondern eher um Mehrwegsysteme und den Verzicht auf Überflüssiges. Das ist nur politisch organisiert durchsetzbar und nicht durch Crowdfunding für »eine Idee und einen Menschen, der fest daran glaubt«. Sogenannte End-of-pipe-Technologien wie »The Ocean Cleanup« lenken von den Hintergründen ab und täuschen Lösbarkeit vor, während die Verursacher und Profiteure so weitermachen können wie bisher.

Matthias Bauer

(mit Material aus Spektrum der Wissenschaft, Die Zeit, Klimareporter)
Lesetipp: Plastikatlant
(www.bund.net/plastikatlas)

ANZEIGEN

Die Tageszeitung **junge Welt**
www.jungewelt.de
Die Beste unter den Links.
Jetzt das **junge Welt-Onlineabo** bestellen: jungewelt.de/onlineabo

Kleinanzeigen
Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor.
Bitte schickt eure Anzeigentexte an:
koordination@contraste.org

Informativ, knapp und klar:
Ossietzky
Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegieriger Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietzky.net